

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Karl-Liebknecht-Platz 4/1206-41206



Abdruck für Berlin und Gegend:
Berlin O 2 61, Zehn-Märkte-Platz 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Collédruck.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung möglich. Abdruckung ist verboten! 4 Wochen vor dem Druckabschluss, wenn nicht anders verordnet ist. Copyright für alle Teile ist Berlin.

Berlin, den 6. Juli 1932

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Papen in Lausanne.

Die Nazis von gestern und heute.

SPD. "Hundert Meter vorm Ziel", als sich Brüning eben anschickte nach Lausanne zu fahren, wurde er vom Herrenklub, der sich die Zustimmung und Mitwirkung des Braunen Hauses erkaufte hatte, hinterrücks vom Pferde gerissen. Bevor sich noch die erstaunte Mitwelt ob solch politischer Klugheit höchst irdischer Vorsehung die Augen reiben konnte, erschien der neue Herr und Lenker unsrer Geschicke aus der Versenkung: Franz von Papen!

Dieser Herr von Papen und seine Freiherren begannen ihre Arbeit mit einer boesen Regierungserklärung und mit notverordneten Belastungen von $1\frac{1}{2}$ Milliarden für die Aermsten der Armen. Der Judas vom Münchener Braunen Hause, Herr Hitler, billigte das. Als Äquivalent erhielt er für seine SA Marscherlaubnis. Dann lieferten die Papenheimer für die Schwerindustrie noch rasch einige Liebesgaben und nachdem in dieser Weise die innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen durch den Herrenklub und Hitler "bereinigt" waren, konnten Herr v. Papen und die Seinen frohgemut zur raschen Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten nach Lausanne fahren. Auch dort wollte man einem Brüning, den "Systemparteien" und vor allem den Franzosen und Polen zeigen was eine Marke ist und was deutsche Männer sind. Also zog das "nationale" Deutschland unter den Segenswünschen des Herrenklubs und seiner braunen, frisch gewachsenen und besöhlten Helfershelfer in die Schweiz.

Ein Diplomat der Eidgenossenschaft schilderte in einer Zeitung, wie eines Morgens, ehe noch die anderen ausländischen Konferenzteilnehmer angekommen waren, ein kleiner gepflegter und eleganter Herr im Pressezimmer erschien; unbekannt und unbeobachtet, wie er sich dann als deutscher Reichskanzler den anwesenden Journalisten vorstellen liess, sich vor jedem verbeugte, ganz besonders den Franzosen minutenlang und herzlich die Hand drückte und sich nach lausanner schwerindustriellen Bekannten erkundigte. Dieser Schweizer schliesst seine Darstellung mit den Worten: "Was wäre einem Brüning geschehen, wenn er sich derart benommen hätte? Die deutschen Nationalisten hätten ihn in Stücke gerissen".

Wäre es nicht bei diesem Anlass gewesen, so gewiss bei dem bekannten Interview des Herrn v. Papen mit dem Korrespondenten des "Matin", eine der gehässigsten und deutschfeindlichsten Zeitungen von Paris. "Freue mich sehr... sagen zu können... dass Frankreich einen berechtigten Anspruch..." Die Blätter des verbündeten Hitler schweigen, die Deutschnationalen maueln ein wenig, die "Kölnische Volkszeitung" flammt vor Entrüstung und wurde deshalb verboten! Rechter Hand, linker, alles vertauscht! Herr von Papen wird nach Berlin zitiert der Aussenminister v. Neurath rauft sich die Haare, der Herrenklub bügelt über Weekend seinen von ihm bevollmächtigten Reichskanzler etwas auf, und dann fährt dieser zurück zur Konferenz.

Neue Verhandlungen. Aber diesmal hat Franz von Papen Mut. "Keinen Pfennig werden wir bezahlen, wir haben auch keine Vorschläge zu machen, wir können

nicht zahlen und werden nicht zahlen!" Rundfunkansprache an das deutsche Volk, sich geschlossen hinter seine Vertreter zu stellen, Rundfunkrede an die Welt: hinter der Regierung Papen stehe das "nationale" Deutschland und seine "aufbauwilligen" Kräfte in braunen englischen Lederhosen.

Der Laie staunt und der Fachmann wundert sich! Deutschfreundliche englische Blätter schreiben, dieser Herr von Papen sei kaum ernst zu nehmen. Neue Verhandlungen! Papen wirft das Problem der deutschen Privatschulden in die Debatte und verlangt auch hier Abstriche! Entsetzen in England und Amerika! Die "Frankfurter Zeitung" berichtet darüber und erhält durch die Regierung einen Nasenstüper und Anschnauzer. MacDonald vermittelt wiederum, und jetzt saust das Schwert des nationalen Deutschland auf den Konferenztisch: "Gut, wir wollen eine grössere Abschlusszahlung leisten, wenn Deutschland das Recht erhält, in der Zahl der Soldaten und Kanonen mit Frankreich gleichen Schritt zu halten!"

"Erpressung", ruft es in Frankreich, "also können die Deutschen doch etwas zahlen" sagt das gesamte Ausland! Die Konferenz nimmt Herrn von Papen beim Wort, es wird eine Abschlusszahlung fixiert, über deren Höhe seitdem verhandelt wird! Ausgerechnet "nationale" Blätter beschwören die deutsche Delegation, die sen Fakt unter allen Umständen einzugehen und sich von keinem innenpolitischen Wahlmanöver davon abbringen zu lassen.

Man stelle sich vor, ein Reichskanzler der Weimarer Parteien oder Brüning wäre in Lausanne einmal so und einmal so aufgetreten wie Herr von Papen. Wie hätte die Rechtspresse geheult, wie hätten die Nazis geschrien und wahrscheinlich schreien dürfen, ohne dass ihren Blättchen auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre. Da sie jetzt mit im Bunde sind müssen sie schweigen dulden sie klein und hässlich, was sie früher in der ungeheuerlichsten Weise verfeimt haben. Heute tolerieren sie nicht nur Hungerverordnungen, heute tolerieren sie selbst das, was früher von ihnen als "Landesverrat" bezeichnet wurde. So fängt sich die Gesellschaft von Tag zu Tag mehr in ihrem Lügennetz, weil Deutschland zu erwachen beginnt.

SPD. Kiel, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein 19jähriger Landarbeiter wurde auf einer Chaussee nach Kiel von vier Nationalsozialisten überfallen und zu Boden geschlagen. Der junge Arbeiter blieb besinnungslos liegen und wurde von einem vorüberfahrenden Personenwagen zu einem Arzt gebracht, der schwere Kopfverletzungen feststellte. Die Tat hat ihre Ursache darin, dass der junge Landarbeiter sich immer wieder gewei- gert hat, der SA beizutreten.

SPD. Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt mit :

Als am Montag abend gegen $\frac{1}{2}$ 11 Uhr Mitglieder des Reichsbanners aus Hoyerswerda, die an einer Versammlung in Boernsdorf teilgenommen hatten, den Bahnübergang Hoyerswerda erreichten, wurden sie von 60 Nationalsozialisten überfallen. Die Nationalsozialisten warfen mit Steinen und schlugen mit Gummi- knüppeln, Zaunlatten und anderen Schlaginstrumenten auf die Reichsbannerleute ein. Auf ein Signal hin eilten weitere Nationalsozialisten aus dem Stadtinnern herbei und beteiligten sich an der Schlägerei. Die Polizei erschien erst 20 Minuten später. Beim Erscheinen der Polizei waren die Nationalsozialisten verschwunden. Vier Reichsbannerleute wurden schwer, ausserdem wurde eine grosse Anzahl leicht verletzt.

SPD. Auf Grund einer Anregung der sozialdemokratischen Mitglieder des Verwaltungsrates der Reichspost hat der Reichspostminister an die Oberpostdirektionen eine Verfügung erlassen, durch die der Erlass von Rundfunkgebühren für arbeitslose Rundfunkteilnehmer weiter ausgedehnt wird. Die Verfügung bestimmt:

"Mit Wirkung vom 1. August 1932 können die Rundfunkgebühren durch die Postämter auf Antrag auch Arbeitslosen erlassen werden, denen die versicherungsmässige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit weitergewährt wird. Ferner werden die Postämter ermächtigt Arbeitslosen, denen die Rundfunkgebühren nach den bestehenden Bestimmungen erlassen werden können, den Erlass der Rundfunkgebühren auch dann zu gewähren, wenn die Arbeitslosen im freiwilligen Arbeitsdienst Verwendung finden und die Vergütung für diese Beschäftigung nicht höher ist als die ihnen sonst aus der Arbeitslosenfürsorge zustehende Unterstützung. Die Postämter sind sogleich entsprechend zu verständigen."

Die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge auf Ausdehnung der Gebührenfreiheit auch auf Sozialrentner und andere minderbemittelte Schichten werden in der Verwaltungsratssitzung am Freitag, den 8. Juli erörtert werden.

SPD. Paris, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

3 In den Wandelgängen der Kammer kam es am Mittwoch-Vormittag zwischen dem radikalen Abgeordneten Liautey und dem unabhängigen Radikalen Valensi zu einer heftigen Streit wegen gewisser Polemiken während der Wahlkampagne in ihrem Heimatdepartement. Beide Abgeordnete warfen sich Beleidigungen an den Kopf, was eine Schlägerei zur Folge hatte. Dabei wurde Liautey leicht am Auge verletzt. Zwei andere Abgeordnete trennten schliesslich die beiden Kampfhähne.

SPD. Das Kabinett der Barone hat den "Vorwärts" verboten. Wir haben nach diesem Angriff auf die Pressefreiheit im Zentralorgan der Kommunistischen Partei, der "Roten Fahne", vergebens nach einem Ausdruck des Protestes gegen dies Verbot, nach einem Ausdruck der Solidarität im Kampfe gegen die Reaktion gesucht. Wir können diesen Ausdruck der Solidarität in der "Roten Fahne" entbehren. Wir sind Manns genug, uns selber zu wehren. Es genügt uns, die Tatsache festzustellen, dass das kommunistische Zentralorgan, das angeblich die Einheitsfront will, gegenüber dem "Vorwärts"-Verbot nichts als ganz offenkundige Schadenfreude gezeigt hat.

Worüber wir aber nicht schweigen werden, das ist, dass das kommunistische Zentralorgan die Zeit des "Vorwärts"-Verbotes benutzt, ausgerechnet diese Zeit, um schmutzige Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer zu verbreiten. Gerade in diesen Tagen zeigt die "Rote Fahne", dass sie unter Einheitsfront nichts anderes versteht als wilde Hetze gegen die Sozialdemokratie!

Während die Arbeiterschaft voll zorniger Empörung gegen das Hungerdiktat des Kabinetts der Barone, gegen die Hitler-Notverordnung sich erhebt und ihrer Widerstandswillen gegen faschistische Unterdrückungsversuche zeigt, behauptet die "Rote Fahne", die Sozialdemokratie habe Knechtschaft und Hunger in Deutschland geschaffen!

Wir hören dieselbe Lüge täglich in der Presse der Nationalsozialisten. Die Verleumdungen des Faschismus gegen die Sozialdemokratie sind dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei gerade gut genug, um während der Dauer des "Vorwärts"-Verbotes zur Hetze gegen die Sozialdemokratie benutzt zu werden. Es genügt, auf ganz wenige Tatsachen hinzuweisen um diese Lüge zu zerstören.

Als die Sozialdemokratie starken Einfluss auf die Reichsregierung hatte, als ihre Minister in der Reichsregierung sassen, sind die Löhne der deutschen Arbeiter dauernd gestiegen. Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung waren unter dem Kabinett Hermann Müller fast doppelt so hoch wie sie heute sind! Schuld daran, dass der Einfluss der Sozialdemokratie heute nicht mehr so stark ist wie damals, haben alle, die verlogene Hetze gegen die Sozialdemokratie betrieben haben!

Die "Rote Fahne" entblödet sich nicht, die Massnahmen des Kabinetts der Barone über Aufhebung des Demonstrations- und Uniformverbots Severing in die Schuhe zu schieben. Sie behauptet, die sozialdemokratischen Führer seien zu Gayl und Hinzenburg gegangen, um sich dort den Befehl geben zu lassen, die Einheitsfront der Arbeiter zu zerstören! Sie lügt, dass der "Vorwärts" offen für den Rentenabbau eingetreten sei! Für diese Lügen gibt es nur einen Vergleich: sie sind ebenso dreist wie die Behauptung der nationalsozialistischen Propagandisten, dass ihre Partei Gegnerin der Hitler-Notverordnung sei.

Der "Vorwärts" ist verboten worden, weil er fest und scharf den Kampf gegen die Hitler-Notverordnung und gegen das Hungerdiktat geführt hat. Er ist verboten worden, weil er die Empörung der Arbeiter gegen den Rentenabbau wie gegen das Kabinett der Barone überhaupt wachruft. Er ist verboten worden, weil er eine Parallele gezogen hat zwischen der Hungernotverordnung und den Notverordnungsjacken der Hitlerschen Bürgerkriegsarmee. Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei aber behauptet zur Zeit des "Vorwärts"-Verbotes, er paktiere mit Gayl und dem Kabinett der Barone! Wir hoffen, dass die Widersinnigkeit dieser Hetzlügen auch den kommunistischen Arbeitern zum Bewusstsein kommt und dass sie sich empören über die schofle Haltung ihres Zentralorgans. Das "Vorwärts"-Verbot ist der "Roten Fahne" gerade recht gekommen, um die tollsten Hetzlügen gegen den "Vorwärts" und die Sozialdemokratie in die Welt zu setzen.

Die Sozialdemokratische Partei führt den Wahlkampf gegen die Reaktion. Sie will den Feind schlagen, der die deutsche Arbeiterschaft dem Faschismus preisgeben will. Sie hat nicht die Absicht, die Spitze des Wahlkampfes gegen die Kommunisten zu richten. Sie hat bei ihren Massenkundgebungen gezeigt, dass sie wirklichen Einheitswillen zu achten versteht. Sie hat nicht zu fürchten, dass der Wille zur Einheit in der Arbeiterschaft elementar durchbricht, denn sie kämpft für eine gute Sache!

Die Taktik des Zentralorgans der Kommunistischen Partei aber, einem Kampf in den Rücken zu fallen, der durch das Kabinett der Barone auf fünf Tage mundtot gemacht worden ist, zeugt nicht nur von mangelnder Solidarität im Kampf gegen die Reaktion, sie enthüllt auch ein schlechtes Gewissen!

SPD. Dresden, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Die staatsparteiliche Fraktion des Sächsischen Landtags hat beim Staatsgerichtshof eine Klage auf Ungültigkeitserklärung eines Teiles der gegen die Beamten gerichteten Bestimmungen der sächsischen Sparverordnung vom vorigen Jahre angestrengt. Verschiedene Beamtenverbände hatten bereits eine solche Klage eingereicht, Sie wurden jedoch wegen Fehlens der aktiven Legitimation zurückgewiesen. Daher hat jetzt die Staatspartei die Klage in beschränktem Umfange übernommen.

SPD. Die Entlarvung der Judasrolle der nationalsozialistischen Partei hat die Nationalsozialisten schwer getroffen. Sie verspüren, dass sie entlarvt sind und dass die Betrogenen sich gegen sie empören. Mit allen Mitteln wollen sie deshalb die Wahrheit vergewaltigen. Das Volk soll nicht erfahren, dass Hitler verantwortlich ist für die Hungernotverordnung! Da die Nazigaulei-

ter noch nicht selbständig Zeitungen verbieten können, hat einer von ihnen die Gesetze missbraucht, um die Wahrheit zu unterdrücken.

Der Nazigauleiter Jordan in Halle hat kürzlich gegen das sozialdemokratische "Hallesche Volksblatt" eine einstweilige Verfügung erwirkt. In dem massgebenden Teil dieser Verfügung sollte dem Volksblatt bei Vermeidung einer Geldstrafe von 100 Mark für den Fall der Zuwiderhandlung verboten werden: a) die Salzsteuer als Hitlersteuer zu bezeichnen, b) das herrschende System als "System Hitler-Papen" zu bezeichnen, c) in irgendeiner Form zu behaupten: Hitler habe erklärt, dass es für das hungernde Volk noch zuviel Wohlfahrt gebe und die Partei des Herrn Hitler stehe als die Partei der Reichen gegen die Armen, die Partei der schlimmsten Betrüger des werktätigen Volkes, die Partei der Plutokratie. Gegen den Versuch, die Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, hat das Volksblatt sofort Widerspruch erhoben.

Die zweite Zivilkammer des Landgerichts Halle verhandelte am Mittwoch über den vom Volksblatt eingelegten Einspruch. Versuche des Nazianwalts, durch Vertagungsanträge die Entscheidung zu verzögern, wurden vereitelt. Nach lange Verhandlungen hob das Gericht die einstweilige Verfügung auf. Nach Ansicht des Gerichtes ist der Antragsteller, der Gauleiter Jordan, nicht aktiv legitimiert. Bei den Punkten a) und b) könne ein entsprechender Antrag nur von dem Vorsitzenden der NSDAP, also Hitler, gestellt werden. Was den Punkt c) angehe so liege darin zwar eine Beleidigung sämtlicher Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei. Der Antragsteller habe aber nur den Antrag stellen können, wenn für ihn selbst eine Ehrenverletzung noch dazu gekommen wäre. Da es sich nur um eine Kollektivbeleidigung der ganzen Nationalsozialistischen Partei handle, fehle die Aktivlegitimation des Gauleiters in Halle.

Der Versuch, die Wahrheit zu unterdrücken, ist missglückt! Die nationalsozialistische Partei wird der wohlverdienten Anprangerung nicht entgehen!

Das Vorgehen des Nazigauleiters stellt einen schamlosen Versuch des Missbrauchs der Gesetze dar. Die Taktik, eine gerichtliche Entscheidung hinauszuzögern, zeigt den bösen Willen, mit ungesetzlichen Mitteln die Wahrheit zu unterdrücken und die Wahlfreiheit praktisch abzuschaffen.

Sie müssen mit Schiebungen arbeiten, weil sie ein schlechtes Gewissen haben! Sie sind die Bundesgenossen der Reaktion, und sie haben Furcht, dass ihre Wähler es erfahren. Wer mit solchen Schiebungen arbeitet bei grossen Entscheidungen, der ist schon gerichtet!

SPD. Paris, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch beschlossen, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, dass die Kammer nicht in die Ferien geschickt wird bevor nicht eine Debatte über die Aussenpolitik erfolgt. Herriot, der telefonisch von diesem Wunsch benachrichtigt worden ist, hat sich damit einverstanden erklärt.

Ausserdem beschloss die sozialistische Fraktion zur Erzielung von Ersparnissen in den Finanzplänen der Regierung einen Verzicht auf die Reserveübungen in diesem Jahre zu beantragen. Der Kriegsminister soll durch eine Delegation der Fraktion ersucht werden, sich dem Antrag nicht zu widersetzen. Endlich beschloss die Fraktion, der radikalen Fraktion ein gemeinsames Vorgehen der Vertreter der Linksparteien in der Finanzkommission vorzuschlagen und zu diesem Zweck am Donnerstag eine Sitzung der Fraktionsvorstände abzuhalten.

SPD. Seit dem 25. Juni liegen dem Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, dem nationalsozialistischen Abgeordneten Strasser, die Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Kommunisten und der Staatspartei auf Einberufung einer Sitzung vor. Vierzehn Tage sind inzwischen vergangen, ohne dass Herr Strasser diesem Ersuchender Mehrheit der Mitglieder des Ueberwachungsausschusses Folge geleistet hätte. Damit wird der Versuch der nationalsozialistischen Presse, Herrn Strasser vor dem Vorwurf der Sabotage zu schützen, am besten widerlegt. Die Nazis wollen den Zusammentritt des Ueberwachungsausschusses nicht, weil ihnen eine Erörterung der Notverordnung der Regierung der Nazibarone mit ihren brutalen sozialen Kürzungen und Steuerleistungen unangenehm ist. Anscheinend hat auch die Reichsregierung es an der Einwirkung auf Herrn Strasser nicht fehlen lassen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich infolgedessen veranlasst gesehen, gegen diese offensichtliche Sabotage des Willens der Mehrheit des Ueberwachungsausschusses durch den nationalsozialistischen Vorsitzenden beim Reichspräsidenten Löbe Protest einzulegen. In einem Schreiben vom 6. Juli an den Präsidenten Löbe wird dargelegt, dass Strasser selbst in einem Schreiben an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vom 23. Juni die Einberufung des Ausschusses angekündigt habe, wenn eine Mehrheit dies wünsche. In dem Schreiben an den Präsidenten Löbe sagt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiter:

"Trotzdem ist bis zum heutigen Tage von Herrn Strasser der Zusammentritt des Ausschusses nicht veranlasst worden. Die uns in dem Schreiben vom 23. Juni von Herrn Strasser in Aussicht gestellte weitere Nachricht ist uns ebenfalls nicht zugegangen. Wir sehen unter diesen Umständen in dem Verhalten des Herrn Abgeordneten Strasser den Versuch, den Zusammentritt des Ausschusses zu verhindern, obwohl die von ihm selbst gestellte Voraussetzung, dass eine Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses den Zusammentritt wünscht, schon fast 14 Tage erfüllt ist. Unter diesen Umständen müssen wir Sie, sehr geehrter Herr Präsident, bitten, die nötigen Schritte zum Zusammentritt des Ausschusses von sich aus zu ergreifen."

Herr Strasser wird also nun Farbe bekennen müssen. Ganz gleichgültig aber wie sein Verhalten sein wird, lässt sich die Tatsache nicht mehr aus der Welt schaffen, dass die Nazis im Bunde mit der Reichsregierung die Möglichkeit des Schutzes der werktätigen Volksschichten gegen die Notverordnung offensichtlich sabotieren.

SPD. Lausanne, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Grandis plötzlicher Vorstoss in seiner am Montag der Presse übergebenen Erklärung erweist sich nunmehr als Manöver gegen England.

Grandi hatte die Schuldentstreichung in dem Sinne propagiert, dass ausser den Reparationen auch die Kriegsschulden zwischen den früheren Alliierten gestrichen werden sollten. Da England von Italien aber noch mehr zu bekommen hat, als Italien durch die Streichung der Reparationen verlieren würde, musste Italien in eine gefährliche Lage kommen, wenn die Reparationen gestrichen würden und die Kriegsschulden aufrechterhalten blieben. England hatte erklärt, dass es die Schulden seiner europäischen Schuldner nur in gleicher Masse werde streichen können, wie seine Schulden von Amerika gestrichen würden. Daher Italiens Vorstoss gegen die bisherige Ausweichetaktik Englands in Lausanne, die jede Stellungnahme zum Abschluss einer Vereinbarung über die interalliierten Schulden vermied.

Nun hat eine Besprechung Grandis mit MacDonald ein prinzipielles Übereinkommen ergeben, das durch ein englisch-italienisches Juristenkomitee ausgearbeitet wurde. Die italienischen Besorgnisse sind zerstreut worden und die

englisch-italienische Differenz gilt als beigelegt. Wie man hört, besteht das Uebereinkommen in der Verabredung einer Konferenz sämtlicher europäischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten nach der Lausanner Konferenz zur Regelung der Kriegsschuldenfrage untereinander. Daneben besteht bereits eine französisch-englische Uebereinstimmung, gemeinsam mit Amerika über die Kriegsschulden zu verhandeln.

SPD. Dresden, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Sächsischen Landtag kritisierte am Mittwoch der konservative Abgeordnete Fritzsche zum lebhaften Missvergnügen der Nationalsozialisten die Betätigung nationalsozialistischer Geistlicher in der evangelischen Landeskirche.

Fritzsche teilte u. a. mit, dass in der Erlöser-Kirche in Dresden ein Geistlicher die Worte in das Kirchengebet aufgenommen habe: "Herr hilf denen, die in Deutschland an die Macht kommen wollen". Ein anderer Geistlicher habe erklärt, dass er mit den Waffen in der Hand für die Nationalsozialisten streiten wolle. Den Nationalsozialisten fiel es begreiflicherweise sehr schwer, diese geistigen Ausschreitungen geistlicher Herren zu verteidigen, zumal der nationalsozialistische Abgeordnete Studentkowski sich selbst einer üblen Ausschreitung schuldig gemacht hatte. Er hatte vor kurzem eine Todesanzeige für seinen Bruder veröffentlicht und darin die beinahe blasphemischen Worte gebraucht: "Er starb im Glauben an Adolf Hitler".

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde ein Antrag auf Aufhebung der Forsthochschule Tharandt, die zwar noch eine ganze Anzahl Studenten ausbildet, für die aber der Staat keine Verwendung mehr hat, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Staatspartei und Kommunisten angenommen. Endlich wurde mit Stimmen gleichheit ein kommunistischer Antrag abgelehnt, die Regierung zu beauftragen, die Schlachtsteuer aufzuheben. Es wäre dadurch ein Ausfall von etwa 20 Millionen Mark jährlich entstanden. Dagegen wurde ein Antrag einstimmig angenommen, dass die Regierung von einer Erhöhung der Schlachtsteuer Abstand nehmen soll.

SPD. Das Organ der christlichen Gewerkschaften "Der Deutsche" weist in seiner Mittwoch-Ausgabe auf Pläne hin, die wieder einmal um das Kabinett Schleicher-Papen schweben. Das Blatt schreibt:

"Das Kabinett soll in Zukunft völlig unabhängig vom Reichstag gemacht werden. Das heißt, dem Reichstag soll das Recht, die gesamte Regierung oder einzelne Minister durch Misstrauensanträge zu stürzen, entzogen werden. Allein der Reichspräsident hätte nach diesen Plänen das Recht der Abberufung wie der Berufung. Weiter ist daran gedacht, die verfassungsmässige Position des Reichstages dadurch zu schwächen, dass ihm eine Art Oberhaus an die Seite gestellt wird, dessen Mitglieder vom Reichspräsidenten berufen werden sollen. Interesse in diesem Zusammenhang ist ein Vorschlag von Carl Düssel, der in der Beilage des "Ring" "Staat und Wirtschaft" erschienen ist. (Heinrich v. Gleichen, einer der Männer vom Deutschen Herren-Klub, zu dessen Mitgliedern der Kanzler gehört ist der Herausgeber.) Carl Düssel schlägt die Schaffung eines "Staatsbeirates" vor, in dem Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und kulturelle Körperschaften vertreten sein sollen. Die Mitglieder sollen nicht von den Verbänden nominieren sondern berufen werden. Die Pläne sehen weiter eine Erweiterung der Macht des Reichspräsidenten vor. So eine Änderung des Artikels 43 der Reichsverfassung, der dem Reichstag das Recht gibt, die Absetzung des Reichspräsidenten durch Volksabstimmung durchzusetzen. Auch ist eine Änderung der Bestimmungen über die Präsidentenwahl geplant. Der Reichspräsident soll das Recht haben, eine Art geheimen Rat aus überparteilichen Persönlichkeiten zu bilden. Dieser Rat soll u. a. einen Nachfolger des Reichspräsidenten bestimmen; der Reichstag

dürfte einen zweiten Kandidaten benennen. Das Volk soll nur noch das Recht haben, zwischen diesen beiden zu entscheiden. Es werden noch weitere Pläne gewälzt, aber darüber besteht anscheinend noch keine Einigkeit.

All das wäre natürlich ohne eine grundlegende Änderung der Verfassung nicht durchzuführen. Es ist ausgeschlossen, dass sich im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für solche Verfassungsänderungen finden würde. Darum denken die Kreise der Dunkelmänner an einen anderen Weg: an ein Volksbegehren. Der Reichspräsident soll dieses Volksbegehren, das ihm das Recht zu solchen Verfassungsänderungen gibt, stellen. Und die Herren bilden sich ein, die Mehrheit des Volkes werde diesem Begehren des Reichspräsidenten zustimmen.

Interessant ist eine Begründung, die von den Plänemachern ins Feld geführt wird. Sie erklären, mit der Hauptgrund für die Schaffung einer solchen "Direktorial-Regierung" sei die Gefahr einer nationalsozialistischen Parteidiktatur. Im übrigen behaupten sie, Hitler sei mit ihren Plänen einverstanden. Er lege weniger Wert auf eine Führung der Reichspolitik durch die Nationalsozialisten, als vielmehr auf die Macht in Preussen und in den übrigen Ländern."

Was das Organ der christlichen Gewerkschaften hier aneinanderreicht, sind zunächst nur Projekte, aber Projekte, die in die Tat umgesetzt werden würden, wenn es am 31. Juli nicht gelingen sollte, die gegenwärtigen Machthaber, die Beauftragten Hitlers und des adligen Herrenklubs aus dem Sattel zu heben.

SPD, Eisenach, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch-Abend ging die hiesige Polizei nach einer Einheits-Kundgebung der Belegschaften der Eisenacher Betriebe äusserst scharf gegen die Demonstrationen vor. Mehrere ältere Arbeiter wurden von den Beamten niedergeschlagen. Zwei junge Sozialdemokraten, die einem niedergeschlagenen 60jährigen Kriegsbeschädigten zu Hilfe eilen wollten, wurden ebenfalls verprügelt. Abends traf ein Ueberfallkommando aus Gotha in Eisenach ein. Ueber 30 Personen wurden verhaftet.

An der Einheitsfront-Kundgebung beteiligten sich Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Kommunisten.

SPD, Eisleben, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

In dem Bauarbeiterorte Erdeborn haben die kommunistischen Klassenkämpfer die Einheitsfront-Parole ihrer Zentrale auf ihre Art in die Praxis umgesetzt. Für die Wahlen zum Elternbeirat kandidierten dort schieflich und friedlich neben Stahlhelm- und Hitlergrössen Kommunisten. Gewählt wurden auf einer gemeinsamen Liste: als Spitzenkandidat ein Kommunist, an zweiter Stelle die Ehefrau eines Stahlhelmführers, an 3. Stelle ein angeblich unpolitischer Kommunist, an 4. und 5. Stelle Linienkommunisten und an sechster Stelle der örtliche Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

SPD, Essen, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Die jüngsten blutigen Vorfälle in Essen haben, wie die Polizei mitteilt, noch weitere Todesopfer gefordert. Von den Schwerverletzten sind bis jetzt in den Krankenhäusern vier gestorben, sodass sich die Zahl der Toten auf sechs erhöht. Das siebente Todesopfer ist ein Julius Warmann, der auf der Huyssen-Allée mit einem Messerstich in die Lunge aufgefunden wurde. Er verstarb am Mittwoch-Vormittag. Nach Zeugenaussagen sollen Nationalsozialisten ihn nieder-

geschlagen und erstochen haben. Die Polizei gibt die Verhaftung eines neunzehnjährigen jungen Mannes als Täter bekannt, schweigt sich aber über seine Parteizugehörigkeit noch aus.

In Duisburg kam es in der Nacht zum Mittwoch ebenfalls zu politischen Schlägereien. Drei Personen wurden durch Steinwürfe und Schüsse schwer verletzt. Fünf Personen wurden verhaftet.

SPD. Genf, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Eine ausserordentliche Vollversammlung des Völkerbundes hat am Mittwoch einstimmig die offizielle Einladung der Türkei zum Eintritt in den Völkerbund beschlossen. Die Aufnahme selbst soll nach dem Eintreffen der türkischen Antwort in einer Sondersitzung am 18. Juli erfolgen.

SPD. Die sozialdemokratische Frankfurter "Volksstimme" ist auf Antrag der Reichsregierung mit ihren vier Kopfblättern auf fünf Tage verboten worden.

Dazu wird uns aus Frankfurt geschrieben: Am 4. Juli verlangte das journalistisch kümmerliche Naziblatt von Frankfurt a.M. mit hysterischem Geschrei das Verbot der Frankfurter "Volksstimme". Am 6. Juli erhielt das Blatt der Frankfurter Sozialdemokratie auf die Initiative des Reichsinnenministers von Gayl hin die amtliche Nachricht, dass es fünf Tage nicht erscheinen dürfe. Begründung: 1) Überschrift und Kommentar eines Artikels über das Papen-Interview mit dem "Matin". 2) die Wiedergabe jenes Bildes, das auch Anlass für das Verbot des "Vorwärts" war.

Das Verbot der Frankfurter "Volksstimme" und ihrer Kopfblätter hat in Hessen-Nassau wie in Hessen einen Sturm der Entrüstung entfacht, der am Sonntag in riesigen Demonstrationkundgebungen seinen Ausdruck finden wird. Die "Frankfurter Zeitung" sagt zu dem Verbot:

"Zum mindesten darf man verlangen, dass Herr von Gayl, wenn er Anstoss nimmt, zunächst vermahne, oder eine "Auflage" mache, wie es vorgesehen ist und nicht gleich verbietet. Bei der jetzigen Praxis ist wahr, was der Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. von Müller im Reichsverwaltungsblatt schreibt: "Eine Pressefreiheit im Sinne des Reichspressegesetzes besteht auf politischen Gebiet nicht mehr!"

Die Frankfurter "Volksstimme" hat während des Krieges wiederholt und viele Monate lang wegen ihrer oppositionellen Haltung zu Krieg- und Militärmassnahmen unter Vorzensur gestanden. Ein Verbot dieses über 30 Jahre lang geführten sozialdemokratischen Blattes hat die Militärdiktatur des Krieges jedoch nicht gewagt. Die "Volksstimme" zu verbieten blieb den nach dem Zusammenbruch in der Mainzer Brückenkopf einrückenden französischen Militärgewalthabern vorbehalten. Wegen ihrer Kritik an der Besetzung und an den Taten der französischen Besatzungsarmee wurde die "Volksstimme" im besetzten Gebiet untersagt. An ihrer Stelle gründeten die im besetzten Gebiet wohnenden sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern unter schwersten persönlichen Opfern die "Freie Presse" in Höchst a.M., die später als Kopfblatt der Frankfurter "Volksstimme" erschien. Der Dank für ihr mannhaftes Vertreten der Interessen des deutschen Volkes und Vaterlandes besteht darin, dass die "nationale" Regierung der Papen, Gayl und Schleicher jetzt nicht nur die Frankfurter "Volksstimme" sondern auch die "Freie Presse" und alle anderen Kopfblätter verboten hat.

SPD. Kiel, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

In Kellinghusen kam es zu Zusammenstößen zwischen angreifenden Nationalsozialisten, Reichsbannerleuten und Kommunisten. Die Nazis hatten ihre SA aus dem ganzen Westen der Provinz zusammengezogen. Die einheimische Polizei erwies sich als viel zu schwach und sah sich gezwungen, aus Itzehoe und Altona grössere Kommandos zu Hilfe zu rufen. Bei der Säuberung der Strassen von den SA-Horden und bei der Durchsuchung der Sammelplätze wurden den Nationalsozialisten zahlreiche Waffen, wie Gummiknüppel, Totschläger, Dolche und Pistolen, abgenommen. Einige Reichsbannerleute trugen Verletzungen davon.

SPD. Lausanne, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Verständigungsversuche des Mittwoch gipfelten in einer Verhandlung zwischen von Papen, MacDonald und Herriot, die mehrere Stunden dauerte. Sie galt fast ausschliesslich dem Bemühen MacDonalds, den französischen Ministerpräsidenten zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Wieder einmal steht die Entscheidung im Augenblick auf des Messers Schneide. Herriot gab in keinem Punkte nach. Er bestand auf dem französischen Vorschlag mit der Endablösung von vier Milliarden und auf der Ablehnung jeder politischen Bedingungen. Die Verhandlungen werden um 9,30 Uhr fortgesetzt.

SPD. Köln, 6. Juli (Eig. Drahtb.)

In Köln, wo es im Vergleich zu anderen Grosstädten bisher verhältnismässig friedlich war, häufen sich in den letzten Tagen die politischen Raufereien. Bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten wurden mehrere Kommunisten leicht verletzt. In einem Falle erhielt ein Kommunist einen schweren Knieschuss. Mehrfach griff die Polizei zur Waffe. Im Verlauf einer anderen Schiesserei gab es bei den Kommunisten etwa neun Verwundete, bei den Nazis zählte man sechs Verletzte. Die Polizei fand bei den Nazis zehn Schlagwerkzeuge, eine Tüte mit gemahlenem Pfeffer und einen Revolver.

Auch in Bonn, wo am Dienstag-Vormittag vor dem Arbeitsamt bei einem Zusammenstoss zwischen Kommunisten und Nazis durch den Schuss eines Nazis ein Unbeteiligter schwer verletzt wurde, kam es in der Nacht zum Mittwoch mehrfach zu Schlägereien, in deren Verlauf die Nazis zahlreiche Schüsse abgaben.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Die neueste Nazi-Heuchelei.

Landtag und Zeitungsverbote - Nazi-Kube für den "Vorwärts".

SPD. Berlin, den 6. Juli (Eig. Bericht)

Der Preussische Landtag hat sich wiederum für einige Tage zusammengefunden. Dem Sturm der vorvergangenen Woche ist die Stille gefolgt; wie lange, bleibt abzuwarten. Am Mittwoch ging es jedenfalls sehr manierlich zu.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Kommunistische Fraktion den Antrag, die preussische Regierung solle sofort das Verbot des "Vorwärts" und der "Kölnischen Volkszeitung" aufheben. Ferner ersucht die KPD, den Polizeipräsidenten das Recht des Zeitungsverbotes zu entziehen. Von der Sozialdemokratischen Fraktion erklärt der Abg. Hamburger, dass hier nur ein Demonstrationsantrag gestellt ist, der verfassungsmässig von der preussischen Regierung nicht durchgeführt werden kann, weil er in die Rechte der Reichsregierung eingreift. Die Sozialdemokratische Fraktion änderte deshalb den kommunistischen Antrag dahin ab, dass das Staatsministerium beauftragt wird, nochmals auf das ernsteste bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der beiden Zeitungsverbote zu verlangen. Ferner solle die preussische Regierung bei dem Reich vorstellung werden, dass die Pressefreiheit vor allem während des Wahlkampfes, nicht unterbunden werde.

Zum Erstaunen aller Parteien befürwortete Nazi-Kube den kommunistischen Antrag. Bitte nicht lachen! Vom Berliner Nazi-Organ bis herab zur letzten Provinzkloake der Braunen Häuser ist wochenlang das Verbot des "Vorwärts" und wird täglich das Verbot der gesamten "jüdischen Marxistenpresse" propagiert. Für das Dritte Reich ist uns ohnehin die Konfiskation aller sozialdemokratischen Zeitungen und des gesamten Besitzes der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften in Aussicht gestellt. Wenn jetzt im Landtag die Nazis gegen das Verbot des "Vorwärts" und der "Kölnischen Volkszeitung" reden, so ist das dieselbe abgrundtiefe Heuchelei, die die gesamte Agitation dieser Volksbetrüger auszeichnet. Die Judasse der Braunen Häuser suchen mit ihrer Zustimmung zum Antrag der KPD nur ein Alibi, das beweisen soll, dass sie nichts mit der Papenregierung zu tun hätten. Dabei hat das Kabinett der Nazi-barone auch mit dem Verbot des "Vorwärts" nur getreulich ausgeführt, was Hitler und seine Kumpanei gefordert haben.

In der Abstimmung wurde der einzig praktische Vorschlag, der der Sozialdemokraten, gegen KPD, Nazi und Deutschnationale, abgelehnt. Ueber den Demonstrationsantrag, der praktisch ohne jede Wirkung sein wird, beantragt die SPD namentliche Abstimmung. Die Weimarer Parteien enthalten sich der Stimme, weil sie offenbaren Unsinn nicht mitmachen. Mit 197 Nazi und KPD gegen 28 Stimmen der Rechten wird der KPD-Antrag angenommen. Makulatur und fauler Zauber, wobei die Kommunisten den Nazis wieder einmal die schönste Gelegenheit gaben, ihr wahres Gesicht zu verbergen.

Es folgt die Beratung der Tagesordnung, die sich ausschliesslich auf Fragen des staatlichen Bergbaues und der Bergarbeiterfragen beschäftigt. Ausschussberichte, betreffend: Stillegung der Stolberger Werke, der Harzer Werke und über die Erhaltung der Blei- und Zinkindustrie; Stillegung der Zechen "Dicksche Heide" und "De Wendel" usw.; der Arbeitslosigkeit im rheinisch-westfälischen Revier und über die Befreiung der Bergarbeiter, Angestellten und Beamten von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenversicherung.

Von der Sozialdemokratischen Fraktion war es der Abg. Franz (Hindenburg), der sich vor allem mit den Verhältnissen im schlesischen Bergbau beschäftigte und es als eine unbedingte Pflicht der Reichsregierung erklärt, die Schliessung der oberschlesischen Borsigwerke zu verhindern. Der sozialdemokratische Redner deckt aber gleichzeitig die Nazi-Demagogie auf, die sich auch in dieser Debatte und in diesen Arbeiterfragen durch die Rede des Nazivertreters gezeigt hat.

Das Haus vertagt sich dann ohne weitere Abstimmungen auf Donnerstag.

Aus aller Welt

Rekordflug um die Welt?

Mattern und Griffin gegen Post und Gatty - In elf Stunden über den Atlantik!
Flugchronik des Tages.

SPD. Am Mittwoch=Nachmittag 5,42 Uhr sind die beiden amerikanischen Piloten Mattern und Griffin, die gegenwärtig auf dem Eindecker "Century of Progress" (Jahrhundert des Fortschritts) einen Rekordflug um die Welt durchführen, auf dem Flughafen Berlin=Tempelhof gelandet. Der Abflug in New York war am Dienstag=Mittag erfolgt; der Weiterflug ab Harbour Grace auf Neufundland am Dienstag=Abend 18 Uhr neufundländischer Zeit (23,02 Uhr mitteleuropäischer Zeit). Am Mittwoch=Morgen 10,35 Uhr wurde die "Century of Progress" über der irischen Ortschaft Donegal gesichtet. Das bedeutet, dass die Piloten trotz dichten Nebens die etwa 3 200 Kilometer lange Atlantikstrecke in elf Stunden, also mit ungefähr 300 Kilometern Stundengeschwindigkeit zurückgelegt haben. Die Flieger sind von Rückenwind begünstigt gewesen. Bei der Fortsetzung des Fluges nach Berlin waren die meteorologischen Bedingungen weniger gut.

Bei der Landung in Berlin=Tempelhof wurden Mattern und Griffin von einem Vertreter der amerikanischen Botschaft sowie von Delegierten der leitenden deutschen Flugverbände herzlichst begrüsst. Während ihre Maschine von Monteuren gründlich durchgesehen und durch grosse Tankwagen der Flughafengesellschaft mit neuem Betriebsstoff gespeist wurde, berichteten sie begeistert vom Erlebnis ihres bisher so glatt verlaufenen Fluges. Sie erklärten, dass die erste Etappe von New York bis Harbour Grace eigentlich die allerschwierigste gewesen sei. Dichter "Erbssuppen=Nebel" hätte die Sicht so gründlich verhindert, dass die "Century of Progress" zweimal die Richtung verloren habe und sogar ein ganzes Stück über Harbour Grace hinausgeflogen sei. Für den Weiterflug sei die von Post und Gatty eingehaltene Route beabsichtigt: Moskau, Irkutsk, Nordchina, Alaska, Kanada, Cleveland, New York. Post und Gatty benötigten zur Zurücklegung dieser Strecke 8 Tage, 15 Stunden und 50 Minuten. Mattern und Griffin wollen alles daransetzen, ihre Vorgänger oder vielmehr Vorflieger zu schlagen.

+

Am Mittwoch=Morgen sind die beiden aus dem australischen Busch geretteten deutschen Flieger Bertram und Klausmann mit einem Motorboot in dem nordwestaustralischen Küstenstädtchen Wyndham eingetroffen. Die Piloten wurden von der Bevölkerung begeistert begrüsst. Vor dem Krankenhaus mussten sich die Flieger, die mit ihren langen Haaren und Bärten wie Halbwilde aussehen, photographieren lassen. Bertram erklärte: "Nehmen Sie zuerst meinen Freund dran. Der muss rascher ins Bett als ich. Ich fühle mich ganz wohl." Klausmann soll in der Tat bedeutend entkräfteter aussehen als sein Kollege.

+

Einen neuen Ozeanflug beabsichtigt der Direktor der Reichsverkehrsfliegerschule von Gronau. Herr von Gronau hat bereits zweimal den Nordatlantik überquert; ihn leitete weniger Rekordabsicht als der Plan, Möglichkeiten zu einem regelmässigen Ozeanflugverkehr zu erkunden und insbesondere die in Frage kommenden Zwischenlandungsplätze zu studieren. Für den neuen Ozeanflug will von Gronau wie beim letztenmal, die Route über Grönland einschlagen.

Autokatastrophe. In Eichwald (Oberbayern) überschlug sich ein mit Ausflüglern besetzter schwerer Mercedeswagen. Die Insassen wurden auf die Strasse geschleudert. Eine Person wurde getötet, drei Ausflügler, unter ihnen der bekannte Verlagsbuchhändler Volkmar aus Leipzig, erlitten schwerere Verletzungen.

+ + +
Noch ein Erpresser! Im Zusammenhang mit der von der Staatsanwaltschaft untersuchten Erpressungsaffäre "Industriekurier - Devaheim" hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht III in Berlin Haftbefehl erlassen gegen den Hypothekemakler Henschel aus Charlottenburg. Henschel hatte mit den bereits verhafteten Dr. Spicker und Dr. Ehrlich zusammengearbeitet. Er hatte es übernommen, den ehemaligen Devaheim-Generaldirektor Jeppel dem "Industrie-Kurier" zuzuführen und ihn darauf vorzubereiten, dass der "Industrie-Kurier" seine Angriffe gegen Jeppel gegen entsprechende Bezahlung einstellen sollte... Ausserdem hat Henschel die "Gemeinschaft der Freunde-Wüstenroth" seinerzeit wissen lassen, dass der "Industrie-Kurier" Angriffe auf dieses Unternehmen und auf die ihm verbundene Bausparkasse unterlassen würde, falls er hierfür "entschädigt" werde. Henschel forderte für seine Liebenswürdigkeit die Bezahlung von 100000 Mark. Er holte sich eine gründliche Abfuhr; der "Industrie-Kurier" setzte infolgedessen seine "Angriffe" fort.

+ + +
Blitztod. In Obrenovac (Jugoslawien) wurden fünf Bauern durch Blitzschlag getötet. Die Bauern hatten bei einem Gewitter unter einem Baum Schutz gesucht.

+ + +
Studentenkrach in Leipzig. In der Leipziger Universität kam es am Dienstag mittag zu einem Aufstand nationalsozialistischer Studenten. Die Nazi-Studenten waren wütend darüber, dass das sächsische Kultusministerium die von ihnen beschlossene Studentenverfassung abgelehnt hatte. Sie beantworteten diesen Beschluss des Kultusministeriums mit lärmenden Reden und durch Absingen des Horst Wessel-Liedes. Der Rektor der Universität hat um Ruhe, natürlich vergeblich. Daraufhin wurde die Universität geräumt und geschlossen. Auf der Strasse "protestierten" die Nazis weiter.

+ + +
Elektrizitätskongress. In Paris wurde in Anwesenheit von 1200 Teilnehmern der 50. Internationale Elektrizitätskongress vom Präsidenten der Republik eröffnet. Der erste Elektrizitätskongress im Jahre 1881 tagte ebenfalls in Paris.

+ + +
"Berg des Schreckens". Die deutsch-amerikanische Himalaja-Expedition, die Ende April von München aufbrach, hat mit der Besteigung des Nanga Parbat begonnen. Der Nanga Parbat, bei den Eingeborenen in Erinnerung an die vielen Opfer, die er forderte, auch "Berg des Schreckens" genannt, ist 8160 Meter hoch. In Begleitung der von dem Münchener Alpinisten Willi Merkel geleiteten Expedition befinden sich 200 Kulis.

+ + +
Schallplatten-Notverordnung. Im Berliner Funkhaus werden in Zukunft alle verkündeten Notverordnungen gleichzeitig mit ihrer Durchsage am Mikrophon auf Schallplatten aufgenommen. Diese Schallplatten sind nicht, wie üblich, für das Archiv der Funkstunde bestimmt, sondern gelten als Regierungsdokumente und "gesetzliche Unterlagen" für den Wortlaut des verkündeten Textes. Jede Schallplatte bekommt den Aufdruck: "Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom... verkündet im Rundfunk am... genaue Zeit... Sprecher vom Dienst..."

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Auf dem Wege nach Damaskus.

Der Faschismus lernt von den Gewerkschaften: 32 Arbeitsstunden bezahlt wie 48.

SPD. Es geschehen Zeichen und Wunder. Auch im faschistischen Italien brechen sich unter dem Druck der Wirtschaftskrise elementare Erkenntnisse Bahn. Was die Gewerkschaften Europas, ja der ganzen Welt seit Jahr und Tag fordern - im faschistischen Italien bekennen sich jetzt namhafte Wirtschaftsführer zu diesen Forderungen. So wird zur Zeit in der faschistischen Presse sehr eifrig ein Interview besprochen, das einer der einflussreichsten Industriellen, der Senator Agnelli, Herr der Fiatwerke in Turin, einer amerikanischen Agentur gegeben hat. Seine Erkenntnisse sind für die Gewerkschaften nichts Neues. Trotzdem verdienen sie Beachtung und das um so mehr, als sie von einem Unternehmer des faschistischen Italiens stammen.

Agnelli geht von dem richtigen Gedanken aus, dass durch die gegenwärtige Krise der ganze Wirtschaftsbau der Welt in seinen Grundfesten erschüttert worden ist, und dass man nicht wie bei früheren Krisen des kapitalistischen Systems den natürlichen und infolgedessen begreiflich langsamen Leidensweg abwarten könne. Diesmal führe der Leidensweg bei weiterem Abwarten nicht zur Genesung, sondern zur Katastrophe. Zupacken müsse daher die Losung sein. Eine schnelle Lösung sei notwendig, und es gebe nur eine einzig schnelle Lösung: das Uebel müsse organisch bei der Wurzel gepackt werden, d.h. die Konsumkraft müsse dadurch erhöht werden, dass man die vielen aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschalteten Arbeitslosen wieder in Arbeit bringe. Das sei aber nur möglich, wenn die Arbeitszeit radikal herabgesetzt und der Lohn im selben Verhältnis erhöht werde. Der Genfer Beschluss für die Vierzigstundenarbeitswoche, dem sich auch Italien angeschlossen habe, genüge längst nicht mehr.

Agnelli geht auf die Ziffern des Internationalen Arbeitsamtes ein, wonach allein in Europa (Russland nicht mitgerechnet), in Amerika und Australien gegenwärtig etwa 25 Millionen Menschen ohne Arbeit sind. Das bedeute, dass - die Familienmitglieder mitgerechnet - mindestens 75 Millionen Menschen nicht mehr vom Ertrag der Arbeit ihres Ernährers leben können. Nehme man eine Arbeitermasse von rund 100 Millionen allein in den genannten Ländern an, dann müssten die Arbeitsstunden um etwa 33 Prozent verkürzt werden, um mit den hundert Millionen Arbeitern die gleiche Produktion zu schaffen, die jetzt - unter Ausschaltung von mindestens 25 Millionen Arbeitslosen - von höchstens 75 Millionen geleistet werden. Deshalb müsse man von der 48-Stunden-Arbeitswoche zu der von 36 Stunden und nötigenfalls zu der von 32 Stunden übergehen. Der Lohn aber müsse der gleiche bleiben wie der bei 48 Stunden. d.h. also um etwa 33 Prozent pro Stunde erhöht werden.

Nur lediglich vom Unternehmerstandpunkt aus weist Senator Agnelli beweiskräftig nach, dass eine solche radikale Änderung unbedingt notwendig ist. Er fordert sie im Interesse des Unternehmertums; denn - so betont er - die zusätzliche Konsumkraft von 25 Millionen bisher arbeitslosen Menschen - die Angehörigen nicht mitgerechnet, müsse der Produktion und dem Handel einen ungeheuren Aufschwung geben. Gerade der Arbeiter gebe notgedrungen fast alles aus, was er verdiente. Seine Bedürfnisse im Allernotwendigsten seien aber infolge der langen Notzeit noch beträchtlich gestiegen. Steigere man seine Konsumkraft, dann würden die aufgestapelten Lagervorräte bald ausverkauft sein. Danach müsse die neue gesteigerte Produktion einsetzen. Nach einem Jahr

schon werde die Umstellung zur Folge haben, dass mehr Arbeitskraft eingesetzt, bzw. die Arbeitszeit in allen Fabriken wieder verlängert werde. Die ganze Krise komme nicht vom Mangel an Kapital, sondern vom Mangel an Konsum, d.h. vom Mangel an notwendigem Absatz fabrizierter Waren aller Art. Der Einwand der Unternehmer, dass dann auch die Preise für alle Konsumartikel gefährlich steigen müssten, sei grundfalsch. Denn noch bestehe die bekannte Tatsache zurecht, dass der Lohn auf den allermeisten Fabrikationsgebieten nur einen geringen Bruchteil der Herstellungskosten bildet. Die Herstellungskosten und damit die Preise brauchten also keineswegs in gleichem Verhältnis zu steigen wie die Löhne. Auch könne in einer Krisenzeit wie der gegenwärtigen der Produktionsgewinn, d.h. der Nutzen an der Ware verringert werden, damit der Umsatz und damit der Gesamtnutzen steige. Genau so wie das internationale Abkommen über den Achtstundentag möglich gewesen sei, müsse jetzt ein internationales Abkommen über die Arbeitswoche von 36 oder 32 Stunden möglich sei - natürlich mit dem gleichen Lohn.

Der Faschismus geht bei den freien Gewerkschaften in die Schule; denn das Zentralblatt der faschistischen Gewerkschaften Italiens setzt sich für den Vorschlag des Senators Agnelli, der nichts anderes enthält, als das, was die Gewerkschaften seit Jahr und Tag predigen, mit grosser Energie ein. Senator Agnelli ist natürlich nicht das italienische Unternehmertum. Viele italienische Unternehmer murksen genau so stupid darauf los wie der Grossteil unserer Unternehmer d.h. sie versuchen den Lohn weiter durch alle möglichen Kniffe und Pfiffe, vor allem auch durch besondere Akkordarbeit, zu drücken. Das alles ändert aber nichts an dem symptomatischen Charakter des Interviews von Agnelli und an der Zustimmung des Zentralblattes der faschistischen Gewerkschaften zu den Gedankengängen dieses Interviews.

Mit den viel gelästerten Gewerkschaften und ihrer Politik geht es noch so, wie die Bibel erzählt: der Stein, den die Bauleute verworfen haben, wird noch zum Eckstein werden. Wer die Arbeitslosigkeit ausrotten, wer die Welt vor einer Katastrophe bewahren will, muss sich mit den Gewerkschaften verständigen. Auch in Deutschland wird man sehr bald zu dieser Erkenntnis kommen. Es dämmert bereits.

SPD. Die Befreiung der im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist bis zum 30. September 1932 verlängert worden.

SPD. Die Nazis sind gegen eine Ernennung des Präsidenten der Reichsanstalt Dr. Syrup zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst. Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt, die Person Syrops biete nur für die Verwirklichung der arbeitsdienstfeindlichen Absichten eine Gewähr. Eine solche Persönlichkeit mit der praktischen Lösung des Arbeitsdienstproblems beauftragen, wäre gleichbedeutend mit der bewussten Sabotage des Arbeitsdienstgedankens und würde die schärfste Kampfstellung der NSDAP herausfordern.

Wir können den Nazis nachfühlen, dass ihnen Dr. Syrup als Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst nicht in den Kram passt. Sie haben selbst genügend Kandidaten für den Posten eines solchen Arbeitsdienstkommissars, und ein einfacher Kommissar genügt ihnen nicht. Herr Hierl, ihr Arbeitsdienstspezialist, fordert einen Arbeitsdienstminister. Das Unglück der Nazis ist, dass sie zu viel Offiziere und Generäle zur Verfügung haben. Bei ihnen wimmelt es heute bereits von Leuten, die sich für Führer halten, und wenn eines Tages

einmal die enttäuschten Massen sich von Hitler abwenden, dann wird es unter den viel zu vielen Naziführern und Postenanwärtern noch ein fürchterliches Geraufe geben. Die Postenjäger der Nazis sind scharf auf das Amt eines Arbeitsdienstkommissars und dabei sind ihnen Sparmöglichkeiten in diesem Falle schnuppe, obwohl der Präsident der Reichsanstalt die Arbeit eines Arbeitsdienstkommissars im Nebenamt mit erledigen kann. Praktisch dürfte es sich ja doch nur darum handeln, dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsdienstfragen stärkere Vollmachten zu geben.

SPD. Der Niederländische Bund des Personals im öffentlichen Dienst hält zur Zeit in Arnhem seinen 24. Verbandstag ab. Auch in Holland hat das Personal des öffentlichen Dienstes einen schweren Stand, nicht zuletzt infolge einer scharfen Lohnkürzung. Trotzdem hat der Bund, wie sein Vorsitzender van Meurs mitteilte, seit dem letzten Verbandstag mehr als 6 000 neue Mitglieder gewonnen; er zählt jetzt 18 500 Mitglieder. In der Aussprache wurde die erfolgreiche Zusammenarbeit des Bundes mit dem Niederländischen Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei stark unterstrichen und ein Zusammengehen mit der Unabhängigen sozialistischen Partei für überflüssig erklärt. Die Vierzigstundenwoche wurde allgemein als notwendig bezeichnet. In Rotterdam sind, wie ein Delegierter mitteilte, in der letzten Zeit etwa 1000 Gemeindearbeiter entlassen worden. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes wurde einstimmig genehmigt.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung ist die Frage der Verschmelzung mit dem Niederländischen Beamtenbund.

SPD. Die neuen Unterstützungssätze für Kurzarbeiter sehen folgendermassen aus:

Beim Ausfall von drei Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I für Kurzarbeiter ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 0,90 Mark, mit einem zuschlagsberechtigtem Angehörigen 1,10 Mark, mit zwei: 1,30 Mark, mit drei: 1,50 Mark und mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen 1,70 Mark. In der Lohnklasse II betragen die entsprechenden Unterstützungssätze: 1,00 Mark, 1,20, 1,50 1,60 1,80 Mark. In der Lohnklasse III: 1,20 1,60 1,90 2,20 2,50 Mark; in den Lohnklassen IV, V und VI: 1,50 2,30 3,00 3,70 4,50. In VII und VIII: 2,00 2,80 3,50 4,30 5,00 Mark. In IX, X und XI: 2,50 3,30 4,10 5,00 6,00 Mark.

Beim Ausfall von vier Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I in der gleichen Reihenfolge der Abstufung: 2,00 2,30 2,60 3,00 3,40, in II: 2,40 2,80 3,20 3,60 4,00 Mark; in III: 2,70 3,40 4,00 4,80 und 5,40 Mark, in IV, V und VI: 3,50 4,60 6,00 7,40 9,00 Mark. in VII und VIII: 4,00 5,60 7,00 8,60 12,00. In IX, X und XI: 5,00 6,60 8,20 10,00 und 15,00 Mark.

Beim Ausfall von fünf Arbeitstagen in Lohnklasse I: 3,00 3,40 4,00 4,50 5,10 Mark, in II: 3,60 4,20 4,80 5,40 6,00, in III: 4,10 5,00 6,00 7,00 8,00, in IV, V und VI: 5,00 7,00 9,00 11,00 13,50, in VII und VIII: 6,00 8,50 11,50 13,00 17,00, in IX, X und XI: 7,50 10,00 12,50 15,00 und 21,00 Mark.

Die neuen Sätze bringen zum Teil eine recht erhebliche Kürzung, im Durchschnitt eine solche von 20 Prozent, in besonderen Fällen bis zu 40 Prozent. Nur die Höhe der Unterstützungssätze wurde geändert; im übrigen ist das materielle Recht der Kurzarbeiterunterstützung unberührt geblieben. Insbesondere ist beim Kurzarbeiter eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht erforderlich.

Die Schlachtsteuer.

Falsche Front der Fleischer.

SPD. Der Streit um die Schlachtsteuer konzentriert sich jetzt, nachdem sich die grossen Fleischerorganisationen gegen "jede Gewaltmassnahme" wie Schlachtsteuerstreiks usw. ausgesprochen haben und der unter nationalsozialistischem Einfluss stehende Berliner "Abwehrausschuss" der Fleischer den Schlachtsteuerstreik abbrechen musste, auf die Bestrebungen, die Schlachtsteuer restlos auf die Konsumenten abzuwälzen. In Berlin verlangt der "Abwehrausschuss" eine Erhöhung der Fleischpreise pro Pfund um 10 Pfennige. Allem Anschein nach hat der "Abwehrausschuss" auch die Zustimmung der Reichsregierung gefunden; wenigstens hat die Reichsregierung im andern Zusammenhang, nämlich bei der Zollerhöhung für Speck und Schmalz erklärt, dass sie nichts gegen die Ueberwälzung der neuen Lasten auf die Verbraucher tun werde.

Auch in der Preisfrage steht das Fleisnergewerbe in falscher Frontstellung. Das Nächstliegende wäre doch, dafür zu kämpfen, dass die bekannten, beim Reich liegenden Ursachen beseitigt werden, die in Preussen zur Einführung der Schlachtsteuer zwangen und auch in andern Ländern dazu zwingen werden. Ausserdem muss die Gefahr beseitigt werden, dass die Schlachtsteuer, die jetzt z.B. in Preussen vorübergehenden Charakter hat, zur dauernden Reichsteuer wird. Das bedeutet Kampf gegen das Reich. Davon wollen aber die nationalsozialistischen Drahtzieher, die z.B. grossen Einfluss auf den Berliner Abwehrausschuss der Fleischermeister haben, nichts wissen. Es ist aber betrüblich, dass so der Kampf gegen die wirtschafts-schädliche und unsoziale Schlachtsteuer gehemmt wird.

Vorläufig liegen die Dinge so, dass der Bevölkerung ein höherer Fleischpreis nicht diktiert werden kann. Höhere Fleischpreise kann man nur durchsetzen, wenn die Nachfrage, wenn der Konsum wächst oder zum mindesten gleich bleibt. Alles andere ist heute der Fall. Der Fleischverbrauch der breiten Bevölkerung, auf die es ja bei dem Hauptumsatz in Fleisch ankommt, geht aus Gründen der Kaufkraft, des Lohn- und Gehaltsabbaus ständig zurück. Hier werden die Bestrebungen, der Bevölkerung höhere Preise aufzuzwingen, in ganz kurzer Zeit scheitern. Die Bevölkerung braucht ja auch nicht unbedingt Fleisch zu kaufen. Sie kann während der Zeit, wo der Kampf um den Preis geht, ohne weiteres ausweichen, indem im Verbrauch anstelle von Fleisch, Eier, Gemüse, Fische usw. treten.

Anders sieht es auf der Seite des Angebots aus. Die unrentable Viehhaltung zwingt zum grösseren Angebot, womit ja die Abwärtsbewegung der Viehpreise in den letzten Monaten zusammenhängt. Auch hier rächt sich die Kaufkraftdrösselung, der Lohn- und Gehaltsabbau. Die Fleischer und Grossfleischer können und werden das stärkere Angebot an Vieh dahin ausnutzen, die Schlachtsteuer auf den Landwirt abzuwälzen. Eine objektive Betrachtung ergibt also, dass vorerst weder der Verbraucher noch der Metzger, sondern der Landwirt die Schlachtsteuer zu tragen haben wird. Auf Seiten des Landwirts liegt das grösse Angebot bei einer verringerten Nachfrage vor. Auf ihn wird also die Schlachtsteuer abgewälzt. Der Viehzüchter wird sich dafür bei der von den Nazis tolerierten Reichsregierung bedanken können.

Der Zustand aber, dass man die Schlachtsteuer voll und ganz auf den Landwirt abwälzt, kann natürlich nicht ewig dauern. Einmal wird die Zeit kommen, wo sich die Dinge ändern müssen und ändern werden. Halten wir uns einmal, um das zu veranschaulichen, an den Schweinemarkt. Wir haben hier etwa dieselben Verhältnisse wie im Jahre 1928. Der Verbrauch sinkt, die Schweinebestände haben den Höchststand erreicht, weshalb die Schweinepreise natürlich sinken müssen. 1928 haben sich die Dinge so entwickelt, dass die Bauern, nachdem sie im ersten Halbjahr 1928 den katastrophalen Preissturz erlebten, im zweiten Halbjahr 1928 die Muttersauen abschafften, schliesslich töteten, um sich so von der Unrentabilität der Schweinemast zu befreien. In diesem Jahre werden sich die Dinge nach derselben Richtung, aber viel schneller entwickeln, weil ja die Schlachtsteuer die Schweinepreise - gemeint sind immer die Schweinepreise auf den Viehmärkten - weiter nach unten drückt. Die Verringerung der Bestände an Zuchtmaterial verringert das Angebot, die Belieferung der Märkte. Die Angebotsseite wird, nachdem die Produktionsmaschine, die Muttersauen, zerstört worden ist, entlastet. Das muss die Schweinepreise in die Höhe treiben. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage hat sich dann verändert.

Daraus ergeben sich bestimmte Folgerungen für die Abwälzbarkeit der Schlachtsteuer. Während jetzt, wo das Angebot auf den Viehmärkten grösser ist als die Nachfrage, die Schlachtsteuer auf den Landwirt abgewälzt werden kann, wird sie in 1½ - 2 Jahren, wenn der Angebotsdruck auf den Märkten nachlässt, auf das Fleischergewerbe und - doppelt und dreifach - auf die Verbraucher abgewälzt werden. Bringen wir den kapitalistischen Mechanismus von Angebot und Nachfrage und Steuerabwälzbarkeit auf eine Einheitsformel: in Zeiten grösseren Angebots ergibt sich die Abwälzbarkeit der Schlachtsteuer auf den Landwirt, in Zeiten geringeren Angebots die Abwälzbarkeit auf den Konsumenten.

Dadurch wird ja die ganze falsche Frontstellung des Fleischergewerbes gekennzeichnet. Die Schlachtsteuer ist eine ungerechte, unsoziale und wirtschaftsfeindliche Steuer. Während sie in den Ländern jetzt vorübergehenden Charakter hat und immerhin zu beseitigen ist, droht die Gefahr einer dauernden Verreichlichung dieser Steuer. Dagegen muss Front gemacht werden. Frontmachen heisst aber überhaupt gegen die von den Nazis gestützte Reichsregierung kämpfen, die eine Steuerpolitik von Ungerechtigkeiten treibt, wie sie das Nachkriegsdeutschland noch nicht erlebt hat. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an die Wiedereinführung der Umsatzsteuer für Umsätze unter 5 000 Mark.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht ein neues Sonderheft über "Verbrauchseinkommen und Landwirtschaft - Einkommen und Fleischverbrauch" in Gemeinschaft mit der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen. In den Hauptteilen stammt die Arbeit von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Baade, dem Leiter der Reichsforschungsstelle.

Abgesehen davon, dass die Verfasser der Arbeit voreilig Bruchstücke in die Öffentlichkeit gegeben haben, die draussen ein völlig falsches Bild entstehen lassen mussten, hat die neue Arbeit des Konjunkturforschungsinstituts den Vorteil, in einem Augenblick zu erscheinen, wo gerade die Fleischpreisfrage durch die Schlachtsteuer äusserst aktuell geworden ist. Früher hiess es immer, wenn der Bauer Geld hat, dann hat's auch die ganze Welt. Das war richtig, als Deutschland überwiegend Agrarland war, als drei Viertel der deutschen Bevölkerung vom Ackerbau lebten, also vor gut 100 Jahren. Heute ist Deutschland überwiegend Industrieland. Der städtische werktätige Verbrauch ist der bestimmende Faktor geworden. Die Verbraucherkraft der Arbeiter ist entscheidend für Absatz und Preisbildung. Daraus hat sich die neue Erkenntnis geprägt, wonach Arbeiternot Bauerntod ist. Das Einkommen der Arbeiterschaft bestimmt auch das

Einkommen der Landwirtschaft:

Bei Massenelend und kargen Löhnen
muss auch der Bauern darben und stöhnen.
Lasst auch den Arbeiter verdienen und leben,
Dann wird der Acker wieder Segen geben.

Was soll der ganze Schmus vom Marxismus? Was soll die Verhetzung des Landes gegen die Stadt? Das können die Nazis nicht aus der Welt schaffen: erhält der Arbeiter anständige Löhne, dann kann er gerechte Preise zahlen. Weshalb verleumdete die Nazis aber Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die für anständige Löhne kämpfen als Zerstörer der Wirtschaft und Feinde der Landwirtschaft? Warum sagen sie nichts gegen den Schwer- und Grosskapitalismus, der immer wieder Lohn- und Gehaltsabbau fordert und Märkte und Preise ruiniert? Warum sagt man nichts von dem Zusammenhang zwischen anständigem Lohn und gerechtem Preis?

In der Arbeit des Konjunkturforschungsinstituts wird zunächst auf die Tendenz der zunehmenden agrarischen Selbstversorgung Deutschlands hingewiesen. Der eigentliche agrarische Einfuhrüberschuss, ausschliesslich der nicht im Inland erzeugbaren Waren, ist von 3,6 Milliarden Mark im Jahre 1927 auf 1,2 Milliarden zurückgegangen. Diese Entlastung der Aussenhandelsbilanz ist vom weit überwiegenden Teil, nach der Baadischen Berechnung zu vier Fünfteln, auf einen mengenmässigen Einfuhrückgang zurückzuführen, der im wesentlichen durch inländische Mehrerzeugung ausgeglichen worden ist. Die Untersuchung glaubt feststellen zu können, dass auf den wichtigsten Gebieten die Lebensmittelversorgung mengenmässig keinen Verbraucherückgang zu verzeichnen hat. Wobei allerdings, insbesondere bei den höherwertigen Lebensmitteln, sich innerhalb der Konsumentenschichten sehr beträchtliche Verschiebungen vollzogen haben dürften. Diejenigen Gruppen, die in ihrem Einkommen kaum Einbussen erlitten haben, werden auf Grund eines höheren Realeinkommens imstande sein, sich besser und reichlicher als früher zu ernähren. Die Landbevölkerung dürfte ferner bei den schlechten Preisen einen grösseren Teil der Produktion als früher verkonsumieren. Andererseits fällt die grosse Masse der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen mit ihrem minimalen Einkommen als Konsumenten aus.

Die deutsche Lebensmittelversorgung ist also in erheblichem Umfang der Selbstversorgung angenähert. Aus dieser neuen Situation der annähernden Selbstversorgung ergeben sich jedoch wichtige Konsequenzen für die Absatz- und Preisverhältnisse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Nur solange noch Zuschussbedarf an Lebensmitteln besteht, können die Zölle die Preise erhöhen, sobald aber kein Einfuhrbedarf mehr besteht, können auch durch Zollmassnahmen die Preise nicht mehr erhöht werden. Das Einkommen der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung wird zum entscheidenden Faktor, die Massenkaufkraft wird zum wichtigsten Bestimmungsgrund für die Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Der Zusammenhang wird zahlenmässig schlagend für die Fleischversorgung belegt. Die Fleischversorgung wird bereits zu 99 % aus der heimischen Produktion bestritten. Da Schlachtvieh nicht magaziniert werden kann, musste die marktreif gewordene Produktion auch verkauft werden. Die gesteigerte Inlandsproduktion musste untergebracht werden. So kommt es, dass trotz der gewaltigen Wirtschafts- und Einkommensschrumpfung der inländische Fleischabsatz mengenmässig nicht zurückgegangen ist. Die gewaltigen Kaufkraftausfälle der Verbrauchermassen bewirkten aber einen entsprechenden Rückgang in den Fleisch- und Viehpreisen. Die Preise mussten so stark sinken, dass es der Bevölkerung trotz Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Gehalts- und Lohnabbau noch möglich ist, die angebotene Fleischmenge zu kaufen. Nach eingehenden Berechnungen ist seit 1929 der Wertumsatz bei mengenmässig gleichbleibender Fleischversorgung um 2 Milliarden Mark zurückgegangen.

Eine recht aufschlussreiche Analyse der Haushaltsrechnungen der Arbeiter und Angestellten zeigt, wie stark gerade die Ausgaben der Arbeitnehmerschaft

für den Fleischverbrauch von ihrem Einkommen abhängig sind. Die schlechtest entlohten Gruppen können ihren Haushalt nur ganz unzureichend und mit billigsten Qualitäten versorgen. Der Fleischkonsum ist nur halb so hoch wie der der höchstbezahlten Arbeiter- und Angestelltengruppen. Mit jeder Steigerung des Einkommens können auch die Ausgaben für Fleisch erhöht werden. Je niedriger das Einkommen wird, desto stärker verengt sich der Spielraum für den Fleischverbrauch. Nahezu die gleiche Bewegung gilt, wie an einer Stelle der Arbeit erwähnt wird, auch für die anderen tierischen Erzeugnisse, für Milch, Molkereiprodukte und Eier.

Man findet also in der Untersuchung bestätigt, dass die gesamte bäuerliche Veredelungswirtschaft mit der Massenkaukraft steht und fällt. Ohne Stärkung der Arbeitseinkommen ist auch keine Hebung der Erlöse der Landwirtschaft zu erreichen. Es besteht eine unlösliche Schicksalsverbundenheit zwischen Stadt und Land, eine nicht ausschaltbare Abhängigkeit der Lage der Bauernschaft und der Lage der Industriebevölkerung. Schon aus diesem Zusammenhang heraus, der in der Krise sichtbarer denn je geworden ist, sollte die Bauernschaft nicht länger in der falschen Frontstellung gegen die organisierte Arbeiterschaft verharren.

SPD. Der Reichsernährungsminister hat in einem Rundfunkvortrag auf die Massnahme des Reichs verwiesen, durch die man die Getreide- und Futtermittelpreise auf ihrer unsinnigen Höhe halten will. Die Leidtragenden sind der Verbraucher und der kleine Landwirt, Alles wird für die Grossen getan, nichts für die Kleinen. Hören wir aber, wie der Bauer durch den Reichsernährungsminister beschwichtigt werden soll. Der Reichsminister führte in dem oben erwähnten Rundfunkvortrag u.a. folgendes aus:

"Sie werden nach meinen Ausführungen vielleicht denken, der Reichsernährungsminister kennt nur Brotgetreide, es scheint ihn nicht bekannt zu sein, dass es auch noch so etwas wie Vieh, Fleisch, Milch, Eier, Kartoffeln, Weinbau, Holz, Obst und Gemüse gebe. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, dass ich auch davon schon gehört habe, ja, ich will Ihnen verraten, dass ich genau weiss, dass die Verkaufserlöse für Vieh, Milch und Eier allein das $3\frac{1}{2}$ fache der Verkaufserlöse für Getreide sind und dass die Verluste, die die Landwirtschaft an tierischen Produkten in dem letzten Jahr gehabt hat, nach meinen Berechnungen etwa das 5 - 6fache dessen sind, was im Getreidebau verloren ist. Ueber die Zahlen im einzelnen werde ich in einem späteren Rundfunkvortrag sprechen."

Dieser Schächer von Minister. Die Grossen kriegen die Moneten, die Kleinen - Zahlentabellen in einem Rundfunkvortrag - - demächst.

SPD. Der Hirsch Kupfer-Konzern, eine der grössten Kupferunternehmungen in Deutschland, legt seinen Sanierungsplan vor, der auf die Herausnahme des Messingwerks in Finow aus dem alten Konzern hinausläuft. Das Unternehmen, das im vorigen Jahr noch aus einem Reingewinn von rund 1 Million Mark eine Dividende von 7 % bezahlen konnte, muss für das verfllossene Geschäftsjahr einen Verlust von 10,5 Millionen Mark buchen, wobei berücksichtigt werden muss, dass das Aktienkapital nur 12 Millionen Mark beträgt. Die Sanierung geht in der Weise vor sich, dass das Aktienkapital von 12 Millionen Mark auf 950 000 Mark zusammengelegt wird. Der Kapitalschnitt ist also sehr stark ausgefallen. Dafür geht die weitere Aktion umso gelinder vor sich. Aus dem alten Hirschkonzern wird das Messingwerk Finow herausgenommen und in eine Gesellschaft mit einem Kapital von 12,5 Millionen Mark umgewandelt. Die alten Aktionäre erhalten ein Bezugs-

recht auf die Aktien des neuen Unternehmens. Wie mitgeteilt wird, ist die Plazierung der neuen Aktien bereits gesichert. Der alte Hirsch-Kupfer-Konzern erhält somit Mittel, seine anderen Unternehmen weiter zu führen.

 Weitere Zurückhaltung.

(Berliner Getreidebörse vom 6. Juli.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch grösste Zurückhaltung auf beiden Seiten vor. Man erwartet das Erntefinanzierungsprogramm der Regierung, das heute noch herauskommen sollte. Infolgedessen konnte sich nur geringes Geschäft auf allen Märkten entwickeln. Alter Weizen, der im Augenblick ausreichend angeboten ist, fand nur schwer Absatz, trotzdem die Forderungen eher nachgebend waren. Besser gefragt war alter Roggen, der bei knappem Angebot seinen Preis zu behaupten vermochte. Neues Getreide wurde nur in ganz geringem Umfange gehandelt. Hier machte sich die Zurückhaltung am meisten bemerkbar. Für Weizen waren vielfach die Forderungen erhöht. Am Promptmarkt lauteten die Notierungen für Weizen leicht abgeschwächt, für Roggen etwas fester. Am Markte der Zeitgeschäfte konnte Weizen etwa 2 Mark gewinnen, während Roggen vielfach abgeschwächt war. Am Mehlmarkt herrschte gleichfalls grösste Zurückhaltung vor. Weizenmehl war schwach veranlagt, während Roggenmehl seinen Preisstand halten konnte. Für Roggen und Futtergerste blieb die Stimmung sehr ruhig.

5.7. 6.7.
 (ab märkische Station in Mark)

Weizen	235 - 237	234 - 236
Roggen	186 - 188	187 - 189
Futter- und Industrieroggen	162 - 172	162 - 172
Hafer	157 - 161	157 - 161
Weizenmehl	30,25 - 34,00	30,25 - 24,00
Roggenmehl	25,60 - 27,40	25,60 - 27,40
Weizenkleie	10,10 - 10,50	10,25 - 10,60
Roggenkleie	10,00 - 10,50	10,00 - 10,50

Handelsrechtliche Liefergeschäfte: Weizen Juli 247 - 246½, Sept. 228 - 228½, Okt. 229 - 229½, Dez. 231½ und Geld. Roggen Juli 187, September 179, Okt. 180, Dezember 184, Hafer Juli 166 - 166½, September 148, Oktober 150 und Brief.

 Amtlicher Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die vom 8. bis 14. Juli nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A-Milch 13,75 Pfennig, für tiefgekühlte A-Milch 14,25, für B-Milch 8,5 Rpf, für tiefgekühlte B-Milch 9,0 Rpf, für molkereimässig bearbeitete Milch 15,5 Rpf. Die A-Milchmenge ist auf 80 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 6. Juli 1932.

Aberglaube zur Reisezeit. ^x

SPD. Die Aberglauben-Ausstellung, die im September des vorigen Jahres in Budapest veranstaltet wurde, gab u.a. eine überraschende Darstellung des Aberglaubens, der zur Reisezeit auftaucht. Ausser dem Aberglauben der Kranken gibt es wohl kaum ein grösseres und mannigfaltigeres Gebiet als das des Reiseaberglaubens. Seine einfachste Manifestation, deren Gläubige am liebsten auf eine Reise verzichten, ist es, wenn ein schwarzer Kater quer über den Weg läuft oder ein grünäugiger Mönch ihnen entgegenkommt. Ein wahres Glück, dass heutzutage in der Nähe der Bahnhöfe der Grosstadt selten Katzen herumlaufen oder Mönche umhergehen! Doch -- eine vorsichtige Statistik, auf Grund der Erfahrungen von 25 Wahrsagerinnen aufgestellt, besagt, dass 40 % der feinen Damen nicht auf Ferien, in Badeorte fahren, bevor sie nicht die Wahrsagerin besucht hatten. Die eine Dame fragt, was für eine Kur ihr gut bekommen würde, die andere, ob ihr Mann ihr inzwischen treu bliebe, die dritte, ob sie auf der Reise Glück hätte, die vierte, ob ihr im Zuge, wenn sie jetzt abfahren würde, nichts zustiesse. Und sie nehmen auf die Reise eine ganze Reihe von Gegenständen mit, deren Vorhandensein von ihnen böse Gewalten ablenken und sie besonders schützen soll. Beliebt sind in der letzten Zeit die kleinen Affenfigürchen, die die Damen von heute genau so mit sich schleppen wie die alten Römerinnen die kleinen Penaten, die Kleinplastiken ihrer Hausgötter.

Die allgemeine Reisezeit ist besonders günstig, auf Bahnhöfen, in Hotels, in Badeorten und anderen Plätzen des Reiseverkehrs Erlebnisse mit abergläubischen Typen zu sammeln, denen man begegnet. Zu dieser Zeit trifft man z.B. den serbischen Grossgrundbesitzer, auch Bojar genannt. Sein erster Wunsch im Hotel ist, dass einen verlässlichen "Vorkauer" verlangt. Er hat zwar einen ständigen Angestellten dieser Art, doch ist dieser vor kurzem erkrankt. Denn solange jemand das Essen vor ihm nicht gekostet hat, rührt er es nicht an. Es schaut zunächst aus, als ob es die Pflicht des Vorkauers wäre, seinem Brotherrn Appetit zu machen. Bald jedoch kommt man darauf, dass der Bojar sich vor einer Vergiftung fürchtet.

Der gewesene Wiener Diplomat setzt sich im Restaurant nur an einen bestimmten Tisch. Nicht etwa wegen des Luftzuges, auch nicht wegen der schönen Aussicht oder der guten Luft. Später erst stellt sich heraus, dass einmal ein Kronleuchter von der Decke gefallen ist - allerdings hat er nur in der Zeitung etwas davon gelesen -, und seitdem setzt er sich nicht auf einen Platz, wo etwas auf ihn fallen könnte.

Der vorsichtige Türke nimmt im Hotel immer das äusserste Zimmer im höchsten Stockwerk, von wo aus er schnell auf das Dach des Nachbarhauses gelangen kann. Es ist nicht schwer zu erraten, dass er diese Vorsichtsmassregel für den Fall eines Brandes trifft. Denn in seiner Heimat, in Stambul, gibt es fast nur Holzhäuser, und es besteht ständig eine Feuertgefahr. Doch mutet es sonderbar an, wenn er feierlich erklärt - das ist einmal in einem Berliner Hotel geschehen -: "Da steige ich nicht ab, weil das Nachbarhaus höher ist als das Hotel. Ich kann nicht hinübersteigen." Sein Ideal ist das amerikanische Haus, das von aussen voll mit Not-Eisenleitern ist. Schön sieht es zwar nicht aus, doch bietet es wenigstens das Gefühl der Sicherheit.

Es gab auch schon einmal einen Gast, der beim Betreten eines Hotels äusserte: "Schön, schön, dieses neue Hotel, doch sind mir die sieben Stockwerke

etwas zu viel." Bald stellte sich heraus, dass er mondsüchtig war.

Ein sehr oft erscheinender Reisetyp ist der "Auspacker". Er bringt lauter Sachen mit, die sehr viel Ähnlichkeit mit Plunder haben. Zumindest Sachen deren Zweckmässigkeit schwer zu erraten ist. Viele packen schon im Eisenbahnkupee aus. Andre bewerkstelligen dies erst im Hotelzimmer: Aus den Koffern fördern sie so mancherlei Gegenstände zutage, etwa wie der Kartenspieler, der Taschenmesser, Notizbuch, Bleistift aus Schikane vor sich auf den Kartentisch legt. Nicht selten tragen auch männliche Reisende aus Aberglauben auf ihren Reisen Damenschuhe mit; ja, sie schämen sich sogar nicht, diese Schuhe vor ihre Zimmertür zum Putzen herauszustellen. Dies gehört aber schon eher zur Psychopathie.

Tausenderlei sind die Formen, in denen sich der menschliche Aberglaube oder Rappel auf Reisen offenbart. Es würde für eine kuriöse Sammlung ausreichen. Schlechte Vorzeichen und Ahnungen beschäftigen den grössten Teil der Menschen vor einer Abreise, und sie vermischen sich mit den guten Zeichen und Prophezeiungen zu einem tragikomischen Gemisch von menschlicher Minderwertigkeit.

Ein alter Herr, der einst auch im Kunstleben eine grosse Rolle gespielt hat, erklärte einmal mit vollem Ernst: "Aberglauben oder Vorgefühl, Telepathie oder wie es sonst heisst: wenn ich eine schlechte Vorahnung habe, dann reise ich nicht. Mein alter Freund, der Graf Géza von Zichy, erzählte mir einmal seine eigene Katastrophe, und die ist für mich ausschlaggebend. Eines Morgens sass sein Erzieher am Rande seines Bettes. Er sah sehr traurig auf seinen Zögling, der damals 15 Jahre alt war, und bat ihn, nicht auf die geplante Jagd zu gehen, denn er hätte etwas Schlechtes geträumt und in seinem Traume den jungen Grafen gesehen, als ob ihm der rechte Arm gefehlt hätte. Doch liess sich der junge Graf nicht zurückhalten. Und als er in seinem Wagen das Jagdgebiet erreicht hatte und sein Gewehr hinter dem Sitze hervorholen wollte riss eins der Pferde den Wagen fort, wodurch der Hahn des Gewehrs in der Polst rung stecken blieb, angezogen wurde und auch sofort zurückschnappte; das Gewehr entlud sich, und die Kugel zerschmetterte den rechten Oberarm des Grafen. Man musste den Arm amputieren, da am nächsten Tage eine Blutvergiftung eintrat.

Aberglaube....?

-osi.

Nachtsquartier bei Mutter Grün.^x

SPD. Lange, schwarze Schatten werfen die Pappeln, die, stramm ausgerichtet, die Chaussee begleiten. Die Sonne blendet schräg den dreien, Heiner, Karl und Kuddel, die langsam und staubbedeckt über die Landstrasse walzen, ins Gesicht. Es ist immer noch fast unerträglich heiss; Heiner hat sich schon vor geraumer Zeit das Hemd ausgezogen und marschiert mit entblösstem Oberkörper. Er ist rot wie ein Indianer; die Muskeln spielen bei jeder Bewegung unter der glatten Haut. Manchmal begegnen ihnen Mädels, die auf Rädern von der Feldarbeit heimfahren. Sie blicken verstohlen den Heiner an. "Das ist ein Kerl, Donnerwetter," denkt manche im stillen. Heiner kneift ein Auge zusammen und plinkert lustig zurück: "Wie wär's denn, Sonntag zum Tanz?" ruft er. Die Mädchen nicken eifrig: "Kommt man, alle drei!" - "Seht ihr," wirft sich Heiner in die Brust, "euch beiden verschaffe ich gleich noch 'ne Liebste mit!" Unendlich erhaben fühlt er sich in diesem Augenblick den beiden Kumpels gegenüber; aber Karl ist rücksichtslos genug, seine stolze Stimmung sofort wieder zu zerstören. "Du Affe," grient er, "meinst du etwa im Ernst, dazu brauchen wir dich nicht. - na, und Kuddel schon garnicht; der kriegt hundert, die dich überhaupt nicht ansehen würden.!"

"Na, na," versucht Heiner einen schüchternen Einwand.

"Ja, ja," äfft Karl ihm nach. "Wenn du die ansprechen würdest, so nackt wie du da rumläufst, dann würden sie dich von oben bis unten mustern: Wer sind Sie denn? - Aber zum Kuddel würden sie sagen: Ach so, also Sie sind der Herr Kuddel! Das freut uns aber, Sie kennen zu lernen; neulich stand doch wieder was von Ihnen in der Zeitung! Ich hab' es mir aufgehoben, weil es mir so gut gefallen hat!" -

Heiner ist still geworden. Karl grinst hinterhältig. Kuddel sitzt ein verstecktes Hächeln in den Mundwinkeln. Er hütet sich, einzugreifen. Er hört es für sein Leben gern, wenn die Beiden, die in Wirklichkeit die treuesten Freunde sind, sich gegenseitig herunterputzen. Seit der Sache mit den beiden Gedichten ist es überhaupt ganz schlimm; da reibt Karl dem Heiner jeden Augenblick Kuddels Können unter die Nase. Das war nämlich so: Sie kamen durch eine grössere Provinzstadt und durch Zufall am Verlagsgebäude der Parteizeitung vorüber. Als sie die in den Schaukästen ausgehängten Zeitungen studierten, sagte Kuddel plötzlich: "Wartet mal 'n Augenblick; ich bin gleich wieder da!" - Jupp, war er durch die Tür verschwunden. Karl und Heiner plagte nicht knapp die Neugier, aber was blieb ihnen übrig, als sie sich zu verkneifen? Nach einer kleinen halben Stunde kam Kuddel wieder raus - strahlend: "Ratet, was ich hier habe?", und er hielt die geballte Hand hin. Heiner, Karl: "Wissen wir doch nicht!" - Kuddel, über das ganze Gesicht lachend: "Hier!" - er schnappt die Hand auf - drei blanke Fünfmärkstücke! "Ohh," staunten die Kumpels, "Kuddel, wie hast du das gemacht? Ist hier etwa 'ne Falschmünzerei?" Kuddel lachte immer mehr: "Nee, aber ich bin zu dem Redakteur gegangen: Genosse Redakteur, soundso, Wanderschaft, Gedichte, Geld knapp, undsoweiter - zwei hat er mir abgenommen, Stück für Stück sieben Mark fünfzig. Kommen auf jeden von uns fünf Mark." - "Nee, nee," wehrten Karl und Heiner ab, "ausgeschlossen, das ist deins, davon wollen wir nichts abhaben!" - Kuddel wurde ernst: "Aber, Jungs, wir sind doch Kameraden und wollen bei dem bleiben, was wir zu Anfang ausgemacht haben: Ehrlich alles teilen!" - "Schön, schönen Dank, Kuddel, bist ein feiner Kerl, wirst noch mal berühmt, pass auf..." - Kuddel winkte ab: "Ist schwer, schwer, aber vielleicht - bin ja noch so jung!"

Die Sonne rutscht schon bald hinter den Wald, der die Felder begrenzt. Es ist immer noch glutheiss. "Will denn nicht mal der Abend Abkühlung bringen?" stöhnt Karl. Heiner sagt garnichts; ein Weilchen ist er noch als Indianer neben den beiden Anderen hermarschiert, dann hat er stillschweigend sein Hemd aus dem Rucksack gezogen und ist reingefahren. Karl hat ihn an seiner empfindlichen Stelle getroffen, als er sagte: "...so nackt, wie du da rumläufst..."

Kuddel bleibt stehen, zeigt mit der Hand übers Feld: "Seht mal, was ist das da drüben?" Karl und Heiner blinzeln gegen die Sonnenstrahlen. "'ne Feldscheune," stellt Heiner fest. "Dann schlage ich vor, wir machen Quartier," meint Kuddel. "Bis zum nächsten Dorf ist noch ein ganzes Stück, und wer weiss, ob wir so billig zu einem Nachtlager kommen!" - "Gemacht!" - "Gemacht!"

Sie stapfen über die Felder. Ab und zu geht ein Hase hoch und hoppelt fix davon. Die weisse Blume leuchtet; Karl hebt den Stock wie eine Flinte an die Backe: "Piff-pagg-bumm! Tot ist er! Abendbrot verdient!" - "Mensch," schüttelt Heiner den Kopf, "Karl, die Hitze! Piff-paff-bumm... ich glaube gar, du schiesst mit Kanonen auf Hasen!" - "Sei doch still, das verstehst du nicht," meckert Karl zurück; "du hast eben keine noblen Passionen!" - "Nee," gibt Heiner zu, "Passionen keine, dafür aber Hunger." -

Die Feldscheune ist zugeschlossen; die drei untersuchen sachkundig ringsum die Wände. "Hier," schreit Karl, "hier sind zwei Bretter los!" - Hin. - "Das haben schon andere Gäste vor uns gemacht," konstatiert Heiner, "saubere Arbeit!" - Sie kriechen durch die Lücke. Ein schmaler Lichtstreifen fällt in das Dunkel. Kuddel kramt die Taschenlampe hervor, drückt auf den Knopf: Licht! - Sie sehen sich um - aha, da in der Ecke liegt ein Haufen Stroh. Hoppla, jeder ein Paar Arme voll ausgebreitet, als Unterbett. - Husch, husch,

husch, ein paar graue Striche. "Mäuse," brummt Heiner. "Das kann ja wieder heiter werden, wenn einem die Biester Nachts über den Bart laufen!" - "Hab dich bloss nicht so," spottet Karl, "meine Güte, ein Kerl wie'n Riese und dabei ängstlich wie 'ne Jungfer. Huch, nein, eine Maus - schnell auf den Tisch!"

Heiner hat ihm verachtungsvoll den Rücken gekehrt und bindet Schnüre an ein paar vorstehende Balken. Daran werden nachher die Rucksäcke aufgehängt, damit die Mäuse nicht rankönnen. - So, und nun noch mal raus! - Hundert Schritte abseits gluckert ein Bach. Sie ziehen Stiefel und Strümpfe aus, die Hosen herunter, und baumeln die Beine bis über die Kniee in das klare, kühle Wasser. "Ach, das tut gut," seufzt Kuddel, "mir brannten die Füße schon wie Feuer!" Neben sich haben sie ihr Esszeug zu liegen, futtern tüchtig, während eine erquickende Kühle ihnen von unten her in den Körper steigt.

Endlich haben sie genug. Sie schrauben die Feldflaschen zu, ziehen die Beine hoch. So, und nun ins Bett! - Langsam gehen sie nach der Schaune zurück; Kuddel leuchtet erst rein: "Nein, Besuch ist nicht gekommen." dann klettert er durch die Öffnung, Karl hinterher. Heiner steht draussen, legt die gerundeten Hände vor den Mund, bläst Retraite: "Zu Bett, zu Bett, wer eine hat, wer keine hat, muss auch zu Bett - zu Bett, zu Bett - tätä - tätä - tätätätä...!"

Plumps! Das Stroh raschelt. Sie sprechen noch ein paar Worte, dann: "Gute Nacht, gute Nacht, gute Nacht!" - Ein Weilchen später nimmt Heiner schon den ersten Ast vor: "Rrrr - pfff - - rrr - - -"

Manchmal raschelt das Stroh. Die Mäuse piepsen. Draussen ist es Nacht. -
Walter Schirmeier.

"Y nada mas".^x

SPD. Die Angelegenheit, über die ich hier berichten will, hat sich in Anwesenheit von ein- oder zweitausend Personen ereignet, sodass der spanische Ministerpräsident, als er auf eine darauf bezügliche Interpellation in den Cortes antwortete, mit Recht sagte, dass nicht ein Vorfall von Carabanchel existiere, sondern ein- bis zweitausend verschiedene Carabanchelvorfälle. Immerhin lässt sich aus den vielen Augen- und Ohrenzeugenaussagen ein ziemlich genaues Bild herauschälen, und überdies stimmen die über die Vorfälle vom Interpellanten - Ortega y Gasset - und vom Ministerpräsidenten gegebenen Darstellungen ziemlich überein.

Carabanchel, ein kleiner Ort in der Nähe von Madrid, ist dazu bestimmt gewesen, der Schauplatz von Militärübungen der Schüler der spanischen Militärschulen zu sein, und es herrscht hier die Sitte, dass bei einem solchen Anlass viele Regimenter zugegen sind und auch viele Offiziere sich als Gäste einstellen, um das kameradschaftliche Band in der Armee aufrechtzuerhalten. So auch diesmal. Seit einigen Tagen war bereits eine Artillerie-Brigade in Carabanchel eingertücht, und am Tage des Vorfalles selbst kamen auch drei Infanterie-Regimenter aus Madrid, die ganze Madrider Garnison. Nach den üblichen Umzügen und Feierlichkeiten hat nun ein feierliches Frühstück der Offiziere stattgefunden, bei dem am Schluss einige Reden gehalten wurden, die Anlass des Vorfalles wurden. Namentlich drei Generäle haben gesprochen, als letzter der Generaloberst des Hauptstabes, Godet. Schon der erste der Generäle, der zwar die Armee erwähnte, sich von der Politik fernzuhalten, wies darauf hin, dass die spanische Armee unzufrieden und verletzt sei, und endigte seine Rede nicht mit den üblichen drei Hochrufen, nämlich: "Es lebe Spanien, es lebe die Armee, es lebe die Republik!", sondern nur mit einem einzigen: "Es lebe Spanien!" Der nächste Redner schloss sich ihm an, und der letzte, also General Godet, der nur als Gast zugegen war, betonte diese Eigenschaft und sagte am Schlusse

seiner Rede: "Und so rufe ich nur ein einziges Hoch: Viva España!" - und nach einer kurzen Pause fügte er hinzu: "Y nada mas!" (und nichts als das). Das Fehlen des Hochrufs auf die Republik scheint die Anwesenden auch nicht besonders gestört zu haben, denn der General wurde mit einem stürmischen Applaus bedankt. Es fiel ihm jedoch auf, dass einer der Anwesenden, der Infanteriekapitän Mangada, an diesem Applaus nicht teilnahm. Der General wandte sich wütend an ihn und schrie: "Warum applaudierst du nicht? Du applaudierst nicht, weil du kein Spanier bist!" Es entstand ein sehr lebhafter Streit, der tumultartig wurde und zur Verhaftung des Kapitäns führte dieser aber riss noch im Abgehen Mütze und Rock herunter, schmiss sie zu Boden und schrie zu seinen Untergebenen: "Schaut, wie man Euren Führer behandelt!"

Dieser Zwischenfall hat natürlich ein äusserst lebhaftes Echo in der Hauptstadt und im ganzen Lande hervorgerufen, und, wie gesagt, erfolgte gleich am nächsten Tage eine Interpellation, denn es erwies sich, dass der betreffende Kapitän ein sehr eifriger Republikaner war, der mit vielen seiner Kameraden deshalb im Streite lag. Der Ministerpräsident Azaña, der ja zugleich, wie bekannt, Kriegsminister ist, hatte es schon vor kurzer Zeit als notwendig erachtet, im Parlament eine grosse Rede zu halten, in der er die spanische republikanische Armee pries und den Geist, der in ihr herrscht, verherrlichte. Auf die Interpellation hin machte er ähnliche Ausführungen und bat, einzelne Individuen nicht mit dem Ganzen der Armee verwechseln zu wollen. Was den bedauerlichen Vorfall selbst betrifft, so gliederte er die Angelegenheit in zwei besondere. Die eine betrifft den Kapitän, der gegen die Disziplin versties und ungeachtet seiner republikanischen Einstellung selbstverständlich vor Gericht erscheinen und seine Strafe auf sich nehmen muss. Die andere aber betrifft die Reden und Hochrufe. Bei einem Festessen sei das Reglement nicht zuständig, und insofern liege in den Hochrufen kein Vergehen gegen das Reglement, kein Vergehen überhaupt, wie es denn auch in den Reden selber nicht gefunden werden könne. Da jedoch diese Reden einen Mangel an Takt- und Würdegefühl beweisen, so wurden alle drei Generale bereits vor dieser Parlamentsrede ihrer Posten enthoben.

Am übernächsten Tage nach dem Vorfall fanden die grossen Übungen der Schüler der Kriegsakademie statt, bei denen sowohl der Ministerpräsident Azaña als auch der Präsident der Republik, Alcala Zamora, anwesend waren. Sie wurden von der militärischen Jugend und allen anwesenden Militärs sehr gefeiert, und Alcala Zamora sprach "unvermittelt" erhabene Worte, in denen er die Armee, ihren Geist und die Reform des Kriegsministers aufs höchste lobte. Er sprach aber auch beiläufig darüber, dass selbst die Reden Disziplin erheischen. Die Übungen verliefen sehr günstig, bis auf die fürchterliche Hitze, und man war allerseits sehr zufrieden. Wahre Rührszenen fanden statt, als die hohen Herren ihre Wagen bestiegen. Besonders der Wagen des Kriegsministers wurde von den Akademieschülern umringt, und der Minister wurde trotz der Hitze von den entflammten Kriegsschülern umarmt und geküsst. So kam er denn auch ausserordentlich bewegt in Madrid an, begab sich sofort in die Sitzung der Cortes und erklärte in den Parlamentsgängen, dass dieser Tag für Spanien ausserordentlich wichtig sei, einer zweiten Republikproklamation gleichkäme.

Wo liegt nun die Wahrheit in bezug auf die spanische Armee? Ist etwas faul im Staate Spanien, oder sind es wirklich nur einige Individuen, die dieses "Y nada mas!" als Richtlinie betrachten? Woher aber der stürmische Applaus nach der Rede des Generals Godet? Oder soll man annehmen, dass unter den älteren Offizieren noch viele Monarchisten sind, während die Jugend in den Militärschulen Spaniens zur Republik steht? Warum haben die Monarchisten die Armee nicht verlassen, da ihnen doch die militärische Reform von Azaña eine so günstige Gelegenheit dazu bot, denn sie durften (sollten vielleicht sogar) den Dienst mit voller Pension verlassen? Viele sind ja auch abgegangen; der Bestan

der Offiziere soll sich um ein Drittel verringert haben (und immer noch zu gross sein). Warum also sind manche dennoch geblieben? Wollten sie die Armee nicht ganz und gar den Republikanern überlassen? Haben sie am Ende noch Hoffnungen, die Republik wieder loszuwerden?

Sophie Kramstyk.

Hitzewelle. X

SPD. Kinder, sind das mit einem Male Temperaturen! Sollte da nicht doch die Polizei einschreiten? Die Strassenbahnwagen sausen weiterhin über die Geleise - man wundert sich, dass sie noch nicht weissglühend sind, aber innerhalb dieser Beförderungsgehäuse wird man ganz und gar kostenlos geröstet! Die Schupos laufen umher wie Afrikaforscher - die Badeanstalten wimmeln von Kindern. Und wie hilft sich der geplagte Weltstädter?

Er transpiriert, so gut es geht, mit Anmut. Die Damen geben sich so luftig, wie es ihnen die Mode vorschreibt - ohne dabei auf Fuchskragen zu verzichten. Die werden auch bei 40 Grad im Schatten noch malerisch über wehende Seidenkleider drapiert, und schreibe die Mode vor, dass Halseisen zu tragen seien, mit denen man in China Aufrührer foltert, unsere Damen würden sie schon schleppen. Aber sonst haben sie's gut. Ihnen stehen hauchzarte Stoffe zur Verfügung, und es sieht so verführerisch aus, wenn der Wind zärtlich darüber streicht, als suche er Konkurrentinnen für die Venus von Milo....

Doch die Männerwelt! Sie keucht unter Filzhüten einher und trägt weiterhin dicke wollene Anzüge. Die geborenen Pessimisten schleppen sich gar mit Regenschirmen und behaupten, gewisse Verhandlungen könne man nur im Cutaway führen. Frischer und freier handelt die jüngere Linie: sie trägt offene Polohemden mit kurzen Ärmeln über sehnigen Armen und verzichtet zum Erstarren älterer Jahrgänge nicht nur auf die Weste, sondern sogar auf den Rock. Kommt so ein Vernünftiger durch eine unsrer belehten Geschäftsstrassen, so starrt ihm alles nach, als sei er der Zwangsjacke entlaufen. Ist er auch: der Zwangsjacke der Kleidungs Vorschriften, die in dieser Temperatur dahinschmelzen wie frische Butter!

Erstaunen muss nur, dass unsere Restaurants und Cafés noch nicht angeschrieben haben: Hier kann man auf der Strasse essen! Denn die Stühle vor den Lokalen sind ununterbrochen besetzt, und wenn die Polizei Einwände gegen die Aufstellung solcher künstlichen "Gärten" hatte, was in heftig belebten Strassen seinen guten Grund hat, so hat man sich eben dadurch geholfen, dass man das ganze Lokall auf die Strasse verlegte, indem sämtliche Spiegelscheiben hochgeschoben wurden. Das sieht wenigstens nach Frische aus! Die Gaststätten aber, die sich noch nicht so modernisiert haben, können auch wieder froh sein: dem Eintretenden schlägt aus dem Halbdämmer des Lokals eine angenehme Kühlewelle entgegen, und nun hat, wer die Wahl zwischen zwei Restaurants oder Cafés hat, auch die Qual: möchte er lieber kühl sitzen oder die Luft in Originalabfüllung geniessen?

Aber auch für die, so infolge Mangels an plenty money garnicht erst in Versuchung kommen können, ist stadtmütterlich und -väterlich gesorgt worden. Sämtliche Rasenflächen sind Sommerfrischen in bester Verkehrslage geworden! Da stehen die Kinderwagen der Sonne zugewandt, da haben sich kleine Skatklubs mit aufgekrempelten Hemdsärmeln etabliert, und Mutter hat ihre Stickerei und die Thermosflasche mit kaltem Kaffee gegen Durst eingepackt. Die Kinder mimen Indianer, Kriegsvolk oder Bösen Buhmann, und die ganz Philosophischen haben sich ein Taschentuch, Hut oder Mütze übers Gesicht gedeckt und pennen in Sonnenglanz und Baumschatten, dass jeder Hastende dieser Zeit Hunger auf das

süße Nichtstun bekommen kann. Wer denkt noch an die angeblich so goldenen alten Zeiten, als bei jedem Grashalm eine Riesentafel stand: Das Betreten der Rasenflächen ist bei Strafe verboten! Und wo sie wirklich noch stehen, da hat sich längst jemand ins Gras gelegt und denkt im Stillen, wenn ein Schupo vorüberschlendert, ohne den Bösewicht zu beachten: Sire, geben Sie Rasenfreiheit!

Wo nur ein Tümpel, ein Teich, ein Fluss oder ein Planschbecken ist, da wird gebadet! Wasser spritzt und blitzt über Kinderleibern, und in den Freibädern drängen sich die Massen. Bei den Reisebüros gehen die Prospekte der Kurorte rasend ab. An den Bahnhofsschaltern zu den Ausflugs- und Fernzügen stehen wieder Schlangen, und die Eiswagen rumpeln in erstaunlichem Tempo durch die Strassen: Infolge der Hitze ist eine neue Eiszeit ausgebrochen! Tüten mit Eis, Eiswaffeln, Portionen-Eis, Eiskaffee, Eisschokolade, alles was kalt ist, Orangeade mit Eis und Bier wird verzehnfacht konsumiert. Die Kühlhäuser müssen sich - Paradoxie der Tatsachen! - bei gesteigerten Temperaturen gewaltig anstrengen, um die Erzeugung von Frischeis zu steigern, denn jedes Lebewesen sucht sich Kühlung durch den Magen zu verschaffen. Es ist ja sehr angenehm, etwas Kaltes einzulöffeln, aber am pfiffigsten handelt der kleine Junge, der hinten auf den Eiswagen gekrabbelt ist und sich zwischen den Bohlen ein Stück kantiges, hartes Abfalleis herausklaubt, um es schmatzend in den Mund zu schieben: es tut weh; so kalt ist es; er muss ein Taschentuch herumwickeln, um es nur in der Hand halten zu können, und schiebt es doch immer wieder in den Mund. Es hat zwei Vorteile: es kühlt wirklich, und zweitens kostet es nichts. Schade, dass man schon so sichtbar erwachsen ist.....

Walter Anatole Persich.

Morgenlied für einen Arbeiter.^x

Wach auf, mein Kind! Wach auf, mein Sohn!
Der Morgen steht vor den Toren.
Wir brauchen Brot. Wir brauchen Lohn,
Zur Arbeit bist Du geboren.

Wach auf, mein Sohn! Wach auf, mein Kind!
Die Sterne müssen erblassen.
Es weht der nasse Morgenwind
in allen Vorstadtgassen.

Die Nacht ging hin, die Zeit verfällt,
Sirenen heulen schon wieder.
Auf allen Wegen in der Welt
gehn du und deine Brüder.

Das Brot ist rar, der Lohn ist knapp,
der Morgen steht vor den Toren.
Nun schüttele alle Träume ab!
Zur Arbeit bist du geboren!

Alfred Thieme.

SPD. Faltige Beutel machen faltige Stirnen.

Englisches Sprichwort.
